



Bank
für Sozialwirtschaft

Geschäftsbericht

2008



Bericht

über das 86. Geschäftsjahr 2008
Berlin und Köln

2008

Inhalt

Zur strategischen Ausrichtung	4
BFS auf einen Blick	5
Aufsichtsrat	6
Organe	7
Zentralbeirat	8
Bericht des Vorstandes	11
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	11
Entwicklungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft	18
Lagebericht 2008	24
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	30
Entwicklung der Tochterunternehmen	34
Bericht des Aufsichtsrates	38
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2008	41
Gewinn- und Verlustrechnung 2008	45
Anhang 2008	48
Bestätigungsvermerk	61
Geschäftsstellen und Repräsentanzen	62

Zur strategischen Ausrichtung

Die internationale Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die Realwirtschaft waren das beherrschende Thema im Geschäftsjahr 2008. Insbesondere nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers im September wurde deutlich, dass die Verwerfungen an den Kapitalmärkten nicht nur größer sind als zuvor angenommen, sondern auch systemische Ursachen haben. Vor diesem Hintergrund ist es sehr erfreulich, dass die Bank für Sozialwirtschaft AG im Geschäftsjahr 2008 erneut ein sehr positives Ergebnis vorlegen kann.

Dass wir trotz aller Marktturbulenzen mit einem solchen Ergebnis abschließen können, führen wir auf mehrere Komponenten zurück: auf das traditionelle Geschäftsmodell unseres Instituts, auf unsere konsequente strategische Ausrichtung auf Unternehmen und Organisationen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft und auf unser unverändertes Ziel eines qualitativen Wachstums. Wesentlich für unsere Geschäftspolitik ist zudem, dass wir in allen Geschäftsbereichen nur begrenzte Risiken zulassen.

Im Mittelpunkt unserer Geschäftstätigkeit steht das Bankgeschäft mit unseren Kunden. Intransparente Finanztransaktionen an den Kapitalmärkten, die im Zuge der Finanzmarktkrise zahlreiche Institute in Bedrängnis gebracht haben, spielen keine Rolle.

Wir legen Wert auf langjährige partnerschaftliche Beziehungen sowohl zu unseren Kunden als auch zu anderen Geschäftspartnern. Im Berichtsjahr hat dies unter anderem dazu geführt, dass wir keinerlei Liquiditätsprobleme hatten. Denn auch die Refinanzierung wird vorrangig über langjährige Partnerinstitute vorgenommen. Wir mussten weder eine Verschärfung unserer Kreditvergaberichtlinien vornehmen noch unsere Kreditkosten erhöhen. Dabei spielt auch eine

Rolle, dass wir die Risikoeinschätzung der Zukunftsfähigkeit von Investitionsvorhaben der Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft im Vorfeld einer Kreditvergabe in den letzten Jahren weiter optimiert haben.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Sozial- und Gesundheitswirtschaft schätzen wir insgesamt als relativ moderat ein. Die Branchen Altenhilfe, Behindertenhilfe, Krankenhauswesen etc. sind durch die starke öffentliche Regulierung und die in weiten Teilen konsumunabhängige Art der Nachfrage weniger von konjunkturellen Entwicklungen abhängig als andere. Auch weisen sie vergleichsweise niedrige Insolvenzraten auf.

Das Sozial- und Gesundheitswesen gilt allein aufgrund der demographischen Entwicklung als Wachstumsmarkt. Der Bedarf an Fremdkapital steigt seit Jahren, vor allem im investiven Bereich. Auch Instrumente zur Eigenkapitalbeschaffung und andere Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung gewinnen an Bedeutung. Für unser Institut liegen in diesen Entwicklungen weiterhin sehr gute Wachstumschancen. Aktuell profitieren wir zudem davon, dass andere Banken das Geschäftsfeld Sozial- und Gesundheitswirtschaft weniger offensiv ansprechen. Seit Herbst 2008 ist die Nachfrage nach Krediten bei der Bank für Sozialwirtschaft überproportional gestiegen.

In welchen Feldern wir im Geschäftsjahr 2008 aktiv waren, um unsere Position als Spezialkreditinstitut und Partner der Sozial- und Gesundheitswirtschaft auszubauen, berichten wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

Der Vorstand

BFS auf einen Blick

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro	Veränderung in Mio. Euro	Veränderung in %
Bilanzsumme	5.232,1	4.683,9	548,2	11,7 %
Eigengeschäft	5.057,3	4.509,5	547,8	12,1 %
gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen	155,2	136,0	19,2	14,2 %
Forderungen an Kreditinstitute	31,2	132,1	-100,9	-76,4 %
Wertpapiere	2.406,3	2.033,3	373,0	18,3 %
Forderungen an Kunden	2.494,2	2.272,9	221,3	9,7 %
Treuhandkredite	174,8	174,4	0,4	0,3 %
Einlagen von Kreditinstituten	1.590,5	1.406,4	184,1	13,1 %
Einlagen von Kunden	3.161,7	2.796,9	364,8	13,0 %
• täglich fällig	1.397,6	1.271,5	126,1	9,9 %
• Festgelder	1.700,1	1.448,8	251,3	17,3 %
• davon Sparbriefe	18,6	30,7	-12,1	-39,4 %
• Spareinlagen	64,0	76,6	-12,6	-16,5 %
eigene Schuldverschreibungen	10,3	20,3	-10,0	-49,2 %
Zinsüberschuss	91,3	72,4	18,9	26,0 %
Provisionsergebnis	4,1	5,2	-1,1	-21,1 %
Betrieblicher Aufwand	-41,4	-39,8	-1,5	3,8 %
Betriebsergebnis	57,3	42,4	14,9	35,1 %
Jahresüberschuss	23,0	23,4	-0,4	-1,7 %

Aufsichtsrat

Wolfgang Altenbernd

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt,
Bezirksverband Westliches Westfalen e.V., Dortmund

Christian Graf von Bassewitz

Bankier i. R., Düsseldorf

Dr. Robert Batkiewicz

Stiftungsdirektor, Caritas Stiftung Deutschland, Köln

Dr. Matthias Berger

Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Dr. Weh und
Kollegen, Waldshut-Tiengen (seit dem 8. Juli 2008)

Rainer Brückers

Geschäftsführer und Bundesvorstandsmitglied,
AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e.V., Berlin

Pfarrer Klaus-Dieter Kottnik

Präsident, Diakonisches Werk der Evangelischen
Kirche in Deutschland e.V., Berlin

Roth, Niko

Finanz- und Personalvorstand, Deutscher
Caritasverband e.V., Freiburg (seit dem 8. Juli 2008)

Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer, Der PARITÄTISCHE Gesamt-
verband e.V., Berlin

Paul-Werner Schöndorf

Finanzdirektor a. D., Caritasverband für die Erzdiözese
Freiburg e.V., Freiburg (bis zum 8. Juli 2008)

Berthold Simons

Kaufmännischer Direktor i. R., DRK-Krankenhaus
GmbH, Berlin

Dr. Wolfgang Teske

Finanzdirektor, Vizepräsident, Diakonisches Werk der
Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Stuttgart
(Vorsitzender des Aufsichtsrates seit dem 8. Juli 2008,
zuvor stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Dr. Ernst Thiemann

Geschäftsführer i. R., Oberaudorf (bis zum 8. Juli 2008,
verstorben am 20. Dezember 2008)

Michael Warman

Stellv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden
in Deutschland e.V., Frankfurt am Main (Stellv. Vor-
sitzender des Aufsichtsrates seit dem 8. Juli 2008)

Professor Dr. Manfred Willms

Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz e.V.,
Generalsekretariat, Berlin (Vorsitzender des Aufsichts-
rates bis zum 8. Juli 2008)

Organe

Vorstand

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Köln
Dietmar Krüger, Köln
Dr. Arnd Verleger, Köln (seit 1. November 2008)

Generalbevollmächtigte

Thomas Kahleis, Köln
Dr. Arnd Verleger, Köln (bis 31. Oktober 2008)

Prokuristen und Direktoren

Bernd Bauer, Direktor Informationstechnologie, Köln
Dr. Berthold Becher, Abteilungsdirektor Research und Europa, Köln
Hartmut Biering, Direktor Kreditwesen, Köln
Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
Wolfgang Roßmar, Direktor Unternehmenssteuerung, Köln
Wiegand Runge, Abteilungsdirektor Treasury, Köln

Geschäftsstellenleiter

Andreas Belzner, Direktor der Geschäftsstelle Karlsruhe
Anke Buder, Leiterin der Geschäftsstelle Dresden
Thomas Dettweiler, Direktor der Geschäftsstelle München
Ulf Hartmann, Direktor der Geschäftsstelle Mainz
Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
Oliver Luckner, Direktor der Geschäftsstelle Hannover
Enrico Meier, Direktor der Geschäftsstelle Magdeburg
Matthias Ninke, Direktor der Geschäftsstelle Berlin
Stephan Sperling, Direktor der Geschäftsstelle Leipzig
Alfred Vesper, Direktor der Geschäftsstelle Essen

Zentralbeirat

Volker Bredick

Bundesvorstand, JUH – Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Berlin

Dietmar Bühler

Vorstand, Benedict-Kreutz-Stiftung, Freiburg im Breisgau

Klaus Dahlmeyer

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Baden e.V., Karlsruhe

Thomas Dane

Vorstand, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg, Innere Mission und Hilfswerk e.V., Berlin

Thomas Doerr

Vorsitzender der Geschäftsführung, Johanniter Seniorenhäuser GmbH, Berlin

Alfons Donat

Geschäftsführer, Maria Hilf Kranken- und Pflegegesellschaft mbH, Dernbach

Willi Esser

Kaufmännischer Vorstand, Johannes Seniorendienste e.V., Bonn

Günter Famulla

Vorsitzender des Vorstandes, Paritätischer Niedersachsen e.V., Hannover

Franz-Heinrich Fischler

Direktor, Diözesancaritasverband für das Erzbistum Berlin e.V., Berlin

Dr. Gabriele Girke

Landesgeschäftsführerin, Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Manfred Kallenbach

Schwarzenbruck

Friedhelm Kamps

Geschäftsführer, Deutsches Jugendherbergswerk, Landesverband Rheinland e.V., Düsseldorf

Prof. Dr. Thomas Kersting

Sprecher der Geschäftsführung, DRK-Kliniken Berlin, Berlin (seit dem 1. Juli 2008)

Hartmut G. Knippscheer

Vorstand, Martinshof Rothenburg Diakoniewerk, Rothenburg

Wolfgang F. Kraft

Stv. Vorsitzender des Vorstandes, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Hamburg (bis zum 15. September 2008)

Pastor Dr. Udo Krolzik

Vorstand, FAKD Führungsakademie für Kirche und Diakonie, Berlin

Professor Dr. Dr. h.c. (mult.) Franz Peter Lang

Vorsitzender des Vorstandes, Wohnungsgenossenschaft Essen-Nord eG, Essen

Oswald Menninger

Geschäftsführer, Der PARITÄTISCHE, Landesverband Berlin e.V., Berlin

Hans-Herbert Müller

Geschäftsführer, MTG Malteser-Trägersgesellschaft gGmbH, Bonn

Wilhelm Müller

Geschäftsführer, ASB Arbeiter-Samariter-Bund, Bundesverband e.V., Köln

Andreas Niedermeier

Sprecher der Geschäftsleitung, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern e.V., München

Hans-Peter Niemeier

Geschäftsbereichsleiter Wirtschaft und Finanzen, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e.V., Berlin

Dr. Peter Olijnyik

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt Mürzt e.V., Waren

Thorsten Ostermann

Geschäftsführender Gesellschafter, Ostermann Pott & Cie., Healthcare Advisors GmbH & Co. KG, Bonn

Gerhard Ridderbusch

Hannover

Niko Roth

Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e.V., Freiburg im Breisgau (bis zum 8. Juli 2008, seit dem 8. Juli 2008 Mitglied des Aufsichtsrates)

Markus Schächter

Intendant, Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz

Bernd Scheweling

Stv. Aufsichtsratsvorsitzender, Curanum AG, München

Klaus Schilling

Geschäftsführer, MEDIGREIF Unternehmensgruppe, Greifswald

Elfi Scho-Antwerpes

Bürgermeisterin der Stadt Köln, Kreisgruppenvorsitzende, Der PARITÄTISCHE, Kreisgruppe Köln e.V., Köln

Paul-Werner Schöndorf

Finanzdirektor a. D., Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V., Freiburg (seit dem 8. Juli 2008)

Bernhard P. Späth

Vorsitzender des Vorstandes, St. Josefs Haus Hertten, Rheinfelden (seit dem 8. Juli 2008)

Leonhard Stärk

Landesgeschäftsführer, Bayerisches Rotes Kreuz, München

Dr. Jörg Steinhausen

Landesgeschäftsführer, Der PARITÄTISCHE, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Düsseldorf

Clemens Graf von Waldburg-Zeil

Generalsekretär, Deutsches Rotes Kreuz e.V. – Generalsekretariat –, Berlin



Bericht des Vorstandes

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Wirtschaftlich betrachtet war das Jahr 2008 an Dramatik kaum zu überbieten. Die Finanzmarktkrise erwies sich in Dauer und Umfang als weitaus größer als allgemein erwartet. Die Verstaatlichung der US-Immobilienfinanzierer Fanny Mae und Freddie Mac und des weltgrößten Versicherers AIG infolge geplatzter Kredite und Kreditversicherungen im Spätsommer waren die Vorboten der extremen Marktturbulenzen nach der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008. Dieser „Black Monday“ ließ die Systemkrise der Finanzmärkte endgültig zu einer globalen Finanzkrise werden. Die mit den Verwerfungen an den Finanzmärkten einhergehenden negativen Vertrauens- und Vermögenseffekte verstärkten die rezessive Grundtendenz in den Industrieländern erheblich. Im starken Einbruch des Welthandels im Schlussquartal 2008 spiegelt sich der zunehmende Übergriff des konjunkturellen Abschwungs in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf die Schwellenländer wider.

Im vierten Quartal versuchten weltweit Regierungen und Notenbanken intensiv und mit hohem Mitteleinsatz, die Finanzwirtschaft mit Rettungsprogrammen zu stützen. Der mittlerweile stark gesunkene Inflationsdruck machte den Weg frei für kräftige Zinssenkungen seitens der Europäischen Zentralbank (EZB) und zahlreicher anderen Zentralbanken. Zeitgleich wurden umfangreiche fiskalpolitische Hilfsprogramme für die angeschlagenen Konjunkturen verabschiedet oder angekündigt. In Deutschland wurden im November 2008 und im Januar 2009 Konjunkturpakete in beträchtlichem Umfang beschlossen. Vor einer Rezession konnten die Rettungsmaßnahmen die Volkswirtschaften der USA, Europas und anderer bedeutender Industrienationen allerdings nicht bewahren. Eine Aufhellung der konjunkturellen Perspektiven zeichnete sich bis zum Ende des Jahres nicht ab.

Der globalen Wirtschaftskrise konnte sich auch die exportabhängige deutsche Wirtschaft nicht entziehen.

Sie ist im Jahresverlauf 2008 mit zunehmendem Tempo in einen konjunkturellen Abschwung übergegangen. Nachdem die deutsche Wirtschaft in den ersten drei Monaten des Jahres 2008 noch um preis-, saison- und kalenderbereinigt 1,5 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen ist, entwickelte sich die Wirtschaftsleistung in den beiden nachfolgenden Jahresvierteln um jeweils 0,5 % rückläufig. Das vierte Quartal 2008 brachte eine Kontraktion des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 2,1 % gegenüber dem Vorquartal. Für das Gesamtjahr 2008 ergibt sich eine Ausweitung des preisbereinigten BIP um 1,3 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft in 2008 deutlich schwächer gewachsen als in den beiden vorausgehenden Jahren (2007: + 2,5 %, 2006: + 3,0 %).

Investitionsboom läuft aus

Die Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft kamen 2008 ausschließlich aus dem Inland. Dabei wurde mit 1,3 Prozentpunkten der größte Beitrag zum BIP-Wachstum von den Bruttoinvestitionen¹ beigesteuert. Die seit einigen Jahren anhaltende Expansion bei den Ausrüstungsinvestitionen setzte sich zunächst fort. Allerdings hat die zunehmende Verschlechterung der Kapazitätsauslastung und der Auftragslage die Investitionsfreude der Unternehmen zum Jahresende deutlich eingetrübt. Im Jahresdurchschnitt konnte aber immer noch ein robuster Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen um 5,9 % erreicht werden. Auch die Bauinvestitionen wurden in 2008 erneut ausgeweitet (+ 3,0 %). Wachstumsimpulse kamen dabei fast ausschließlich von gewerblichen und öffentlichen Baumaßnahmen. Der Wohnungsbau konnte dagegen nur marginal zulegen. Kräftige Zuwächse (+ 6,6 %) gab es bei den sonstigen Anlageinvestitionen aufgrund eines hohen Aktualisierungs- und Modernisierungsbedarfs.

¹ Wertzuwachs der produzierten Vermögensgüter inkl. Ersatzinvestitionen

Konsumausgaben des Staates steigen weiter an

Vom Staatsverbrauch ging 2008 ein bedeutender Wachstumsbeitrag aus. Die staatlichen Konsumausgaben wurden gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 2,0 % ausgeweitet und machten 0,4 Prozentpunkte des BIP-Wachstums aus. Neben höheren Verteidigungsausgaben, spürbaren Tariflohnsteigerungen und einer geringfügigen Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst war hierfür nicht zuletzt eine kräftige Expansion der sozialen Sachleistungen (+ 4,2 % gegenüber dem Vorjahr) verantwortlich, die insbesondere den Sektoren Gesundheit und Pflege zugute kamen.

Privater Verbrauch bleibt schwach

Trotz einer Zunahme der Beschäftigung und steigender Tariflöhne fielen die privaten Konsumausgaben in 2008 erneut hinter das Niveau des Vorjahres zurück. Für das enttäuschende Ergebnis sind vor allem die deutlichen Preissteigerungen bei Energieträgern und Nahrungsmitteln in den ersten drei Quartalen verantwortlich. Der hiervon ausgehende Teuerungsdruck konnte vom Anstieg der verfügbaren Einkommen nicht kompensiert werden. Auch dürfte die zunehmende Verunsicherung der Verbraucher über die weitere konjunkturelle Entwicklung die Anschaffungsneigung belastet haben. Das Verbrauchervertrauen sank im gesamten Jahresverlauf. Neben dem „Angstsparen“ sorgten aber auch intensivierte Bemühungen um den Aufbau einer privaten Altersvorsorge für einen Anstieg der Sparquote von 10,8 % auf 11,5 %.

Negativer Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft

Aufgrund der stark gestiegenen Exportorientierung trifft die globale Rezession die deutsche Wirtschaft

mit besonderer Wucht. Während der Außenbeitrag in den vergangenen Jahren eine wichtige Wachstumsstütze war, dämpfte er die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in 2008 um 0,3 Prozentpunkte. Die Importe stiegen mit 4,0 % erheblich schneller als die Exporte (+ 2,7 %). Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte hat sich die Auslandsnachfrage auf breiter Basis und mit hohem Tempo abgeschwächt. Dem konnte auch eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen nicht entgegenwirken. Auf der anderen Seite ist Deutschland als rohstoffarmes Land weiterhin in einem bedeutenden Umfang auf Importe – insbesondere im Energiebereich (Erdöl, Erdgas) – angewiesen.

Staatshaushalt leicht im Minus

Vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes zufolge schlossen die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen² das Jahr 2008 insgesamt mit einem Finanzierungsdefizit in Höhe von 3,3 Mrd. Euro ab. Bezogen auf das BIP in jeweiligen Preisen errechnet sich eine Defizitquote von 0,1 %. Gegenüber dem Vorjahr legten die Einnahmen (+ 2,4 %) etwas stärker zu als die Ausgaben (+ 2,3 %). Der Finanzierungssaldo 2008 wurde stark durch Einmaleffekte beeinflusst, insbesondere durch die Stützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise und durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale.

Aufgeteilt auf die staatlichen Ebenen betrug das Defizit des Bundes 15,8 Mrd. Euro und das der Länder 3,6 Mrd. Euro. Dagegen erzielten die Gemeinden mit 8,4 Mrd. Euro und die Sozialversicherungen mit 7,7 Mrd. Euro erhebliche Überschüsse.

Am Ende des Haushaltsjahres hat sich der Bund mit haushalterischen Unwägbarkeiten wie dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz belastet, die aber in 2008

² Zu den Sozialversicherungen zählen die gesetzliche Rentenversicherung, die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung, die Arbeitslosenversicherung bei der Bundesagentur für Arbeit sowie die gesetzliche Unfallversicherung.

noch nicht haushaltswirksam wurden. Die Kreditmarktverschuldung der öffentlichen Haushalte³ belief sich zum Jahresende 2008 auf 1.517,1 Mrd. Euro.⁴ Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Anstieg um 14,9 Mrd. Euro bzw. 1,0 %. Der Bund war Ende 2008 mit 956,9 Mrd. Euro am Kreditmarkt verschuldet. Damit stieg sein Schuldenstand um rund 2,0 %. Bei den Ländern sank das Volumen der Kreditmarktschulden um 0,2 % auf 481,7 Mrd. Euro. Den stärksten Schuldenabbau konnten die Gemeinden und Gemeindeverbände realisieren. Ihre Kreditmarktschulden sanken um 3,3 Mrd. Euro (- 4,0 %) auf 78,5 Mrd. Euro.

Neben den Kreditmarktschulden nahmen die öffentlichen Haushalte zunehmend Kassenkredite zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe auf. Mit insgesamt 61,4 Mrd. Euro zum Jahresultimo übertraf das Volumen der Kassenkredite den Vorjahreswert um 20,6 %. Davon entfielen 28,9 Mrd. Euro auf den Bund (+ 47,2 %), 3,3 Mrd. Euro auf die Länder (+ 37,7 %) und 29,2 Mrd. Euro auf die Gemeinden und Gemeindeverbände (+ 1,2 %). Mit einer Relation der Kassenkredite zu den Kreditmarktschulden von 35,2 % war die Bedeutung der Kassenkredite bei den Gemeinden wie in den Vorjahren besonders hoch.

Die Gesamtbelastung der öffentlichen Haushalte aus Kreditmarktschulden und Kassenkrediten belief sich Ende 2008 auf 1.578,5 Mrd. Euro. Dies ist ein Zuwachs um 25,4 Mrd. Euro bzw. 1,6 % gegenüber dem 31. Dezember 2007.

Erneut positive Entwicklung am Arbeitsmarkt

Die Lage am Arbeitsmarkt konnte 2008 an die positive Entwicklung der beiden Vorjahre anschließen. Mit

einem Zuwachs der Erwerbstätigen um 1,4 % auf durchschnittlich 40,3 Millionen Personen wurde der höchste Beschäftigungsstand seit der Wiedervereinigung erreicht. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 7,8 % und verringerte sich im Vorjahresvergleich um 1,2 Prozentpunkte. Durch die nachhaltige Verbesserung am Arbeitsmarkt wurde die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer gestärkt, was zu deutlichen Lohnzuwächsen führte. Erst im Dezember wurde der Wirtschaftsabschwung mit der üblichen Verzögerung auch am Arbeitsmarkt spürbar.

Starke Schwankungen in der Preisentwicklung

Die Verbraucherpreisinflation lag im Jahresdurchschnitt bei 2,6 %. Dies ist die höchste Teuerungsrate seit 14 Jahren. Das Gesamtjahresergebnis ist im Wesentlichen auf den enormen Teuerungsdruck in der ersten Jahreshälfte zurückzuführen. Nachdem in den Monaten Juni und Juli ein Spitzenwert von 3,3 % erreicht wurde, nahm der Teuerungsdruck in den letzten fünf Monaten des Jahres wieder spürbar ab. Insbesondere beeinflussten die Preisentwicklungen bei Energieträgern und Nahrungsmitteln den Verlauf der Inflationsrate. Bei Energieprodukten wurde im Jahresdurchschnitt eine Verteuerung um 9,6 % erreicht; der Wert für Nahrungsmittel lag bei + 6,4 %. Ein Teil des Preisdrucks in 2008 ist auch auf die verzögerte Umlage der Mehrwertsteuererhöhung von Anfang 2007 zurückzuführen. Eine weitere preistreibende Nachwirkung aus dem Vorjahr war die Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern im April und Oktober 2007. So ergab sich für das Bildungswesen ein jahresdurchschnittlicher Preisanstieg um 8,7 %.

³ Die Angaben zu den Kreditmarktschulden und den Kassenkrediten beziehen sich auf die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die Extrahaushalte des Bundes beinhalten die verschuldeten Sondervermögen des Bundes (ERP-Sondervermögen European Recovery Program), Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds für Erblastentilgungsfonds, Versorgungsrücklage, Fonds „Aufbauhilfe“, Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ (ab 2007) sowie den Bundes-Pensions-Service für Post- und Telekommunikation e.V. Die

Extrahaushalte der Länder umfassen die ausgegliederten Hochschulen des Staatssektors mit eigenem Rechnungswesen sowie die aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederten Statistischen Ämter der Länder und Landesbetriebe für Straßenbau/-wesen für Verkehr. Die Extrahaushalte der Gemeinden/Gemeindeverbände setzen sich aus den kommunalen Zweckverbänden zusammen.

⁴ vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

Expansive Geldpolitik als Reaktion auf die Finanzmarktkrise

Trotz der anhaltenden Probleme an den Finanzmärkten und einer zunehmenden Abschwächung der weltweiten Konjunkturdynamik verfolgte die EZB bis September eine leicht kontraktiv ausgerichtete Geldpolitik. Nachdem der Leitzinssatz der Eurozone nach der letzten Erhöhung im Juni 2007 zunächst unverändert geblieben war, bewogen die im ersten Halbjahr 2008 deutlich gestiegenen Inflationsrisiken die EZB zu einer Anhebung des Leitzinses um 25 Basispunkt auf 4,25 % im Juli 2008. Der Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex für das Euro-Währungsgebiet betrug mit + 4 % zeitweise das Doppelte der Preisstabilitätsnorm der europäischen Geldpolitik. Die konjunkturelle Belastung der Zinserhöhung hielt die EZB für verkraftbar.

Im September veranlasste die Verschärfung der Finanz- und Wirtschaftskrise nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers die EZB dann aber zu einem grundlegenden Kurswechsel. Den sich durch einen sinkenden Preisdruck eröffnenden Spielraum nutzend, steuerten die europäischen Notenbanker mit einer expansiven Geldpolitik gegen die stark gestiegenen Konjunkturrisiken. In drei Schritten wurde der Leitzins bis zum Jahresende um 175 Basispunkte auf 2,5 % abgesenkt. Eingeleitet wurde der Zinssenkungskurs der EZB durch die Beteiligung an einer konzentrierten Zinssenkungsaktion, die gemeinsam mit der US-Zentralbank (Federal Reserve System – Fed) und zahlreichen anderen Notenbanken durchgeführt wurde.

Der im zweiten Halbjahr 2007 eingeleitete globale Zinssenkungszyklus wurde aufgrund der Verschärfung der weltweiten Wirtschaftskrise von den meisten Industrienationen in 2008 mit zunehmendem Tempo fortgesetzt. Mit einer Reduktion des Leitzinses auf 0,1 % war Japan zum Jahresende wieder bei einer

faktischen Nullzinspolitik angekommen. Auch die US-Notenbank sah sich Ende Dezember zum Übergang zu einer faktischen Nullzinspolitik gezwungen. Statt eines festen Zielsatzes legte die Fed ein Zielband von 0,0 % bis 0,25 % für den Schlüsselzins fest.

Starke Renditeschwankungen am Rentenmarkt

Auf den Rentenmärkten bewegten sich die Renditen langjähriger Anleihen zu Beginn des Jahres seitwärts. Während sich die insgesamt abwärts gerichteten Konjunkturdaten stützend auf die Kurse auswirkten, ging von der steigenden Inflation ein Abwärtsdruck auf die Kurse aus. Ab dem Frühsommer 2008 dominierte der ausgeprägte Inflationsdruck den Anleihemarkt. So verzeichneten die Renditen öffentlicher Anleihen in den Sommermonaten 2008 einen kräftigen Anstieg auf knapp unter 4,7 %. Gleichwohl blieb der Verlauf der Zinsstrukturkurve vergleichsweise flach, da die EZB im Juli den Leitzins angehoben hatte.

Schon vor der Lehman-Pleite begannen die Renditen infolge eines sich deutlicher abzeichnenden Abwärtstrends der Wirtschaft und eines nachlassenden Preisdrucks zu sinken. Mit der Insolvenz von Lehman Brothers setzte dann eine Flucht der Anleger in sichere und liquide Staatspapiere ein. Die Renditen von Staatspapieren in Deutschland und den USA fielen kräftig. Zum Jahresende waren die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen aus Deutschland um knapp 1,5 Prozentpunkte gegenüber dem Stand zum Jahresbeginn gesunken. Mit einer Rendite von 2,86 % wurde ein neues Rekordtief erreicht. Durch die kräftigen Zinssenkungen der EZB fielen die Renditen am kurzen Ende der Zinsstrukturkurve allerdings noch stärker als die langer Laufzeiten. Deshalb verlief die Zinsstrukturkurve gegen Ende des Jahres deutlich steiler als noch zu Beginn des Jahres.

Finanz- und Wirtschaftskrise stoppt Höhenflug des Euro

Bis zur Mitte des Jahres wertete der Euro weiterhin kräftig gegenüber dem US-Dollar auf. Mit knapp 1,60 US-Dollar wurde im Juli ein neuer Rekordwert für die Gemeinschaftswährung erreicht. Dieser Höhenflug war insbesondere auf die unterschiedlichen Zinsspektiven für die USA und den Euro-Raum zurückzuführen. Während die Fed ihren Leitzins konsequent absenkte, wurden in der Eurozone die geldpolitischen Zügel angezogen. Anlagen im europäischen Währungsraum gewannen dadurch an Attraktivität.

Als sich aber im zweiten Halbjahr auch in der Eurozone der konjunkturelle Ausblick drastisch verschlechterte, schwand das Interesse an der Gemeinschaftswährung zunehmend. Insbesondere nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers setzte eine Flucht der Investoren in die als sicher und besonders liquide geltenden US-Staatspapiere und eine Repatriierung von US-Auslandsinvestments ein. Hierdurch kam es zu einer starken Aufwertung des Dollar in den letzten Monaten. Im Dezember hatte der Euro im Vergleich zum Jahresbeginn über 8 US-Cent gegenüber dem Dollar verloren.

Drastischer Wertverlust an den Aktienmärkten

Die Aktienmärkte hatten 2008 einen drastischen Wertverlust zu verkraften. Nachdem der wichtigste deutsche Aktienindex DAX⁵ Ende 2007 mit über 8.000 Punkten noch einmal fast sein Allzeithoch vom Juli 2007 erreicht hatte, führten die Angst vor einer Rezession in den USA und vor einer deutlichen Wachstumsabschwächung in der Eurozone bereits in den ersten Wochen des Jahres zu kräftigen Kursverlusten. In den Folgemonaten blieb der DAX ohne klare Tendenz. Zwar lasteten die konjunkturellen Rahmen-

bedingungen schwer auf dem Börsenbarometer, jedoch konnten positive Ergebnisberichte der Unternehmen und Fusionsbemühungen in der Finanzbranche den DAX zunächst noch wirksam stützen.

Einen regelrechten Einbruch erfuhr der Index nach der Insolvenz von Lehman Brothers am 15. September. In den darauf folgenden sechs Wochen verzeichnete der DAX einen Rückgang um fast 30 % auf einen Jahrestiefstand von 4.300 Punkten. Bis zum Jahresende konnte sich das Barometer mangels konjunktureller Hoffnungen nicht mehr nennenswert erholen. Mit 4.810 Punkten am letzten Handelstag 2008 wurde ein Jahresverlust von 40 % realisiert.

Ausblick

Für das Jahr 2009 zeichnet sich für Deutschland die schwerste Rezession seit 1949 ab. Nach einer Prognose der Europäischen Kommission⁶ wird das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2009 um 2,3 % sinken, um dann evtl. in 2010 um 0,7 % leicht zu steigen. Die Wachstumsprojektion im aktuellen Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung⁷ weist für 2009 eine Schrumpfung um 2,25 % aus. Positive Wachstumsraten im Quartalsvergleich sind laut aktueller Prognosen frühestens wieder im zweiten Halbjahr zu erwarten. Allerdings ist die Datierung konjunktureller Wendepunkte derzeit mit außergewöhnlich großen Unsicherheiten behaftet. Die weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft hängt entscheidend von der Verfassung der Weltwirtschaft und den Effekten der nationalen und internationalen Konjunkturpakete ab.

Aufgrund der negativen realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzmarktkrise und einer deutlichen Kontraktion des Welthandels befindet sich die Weltkonjunktur in einem kräftigen Abschwung. Das weltweite BIP könnte sich in 2009 zum ersten Mal seit

⁵ DAX Performanceindex

⁶ Stand 19.01.2009.

⁷ Stand 21.01.2009.

dem Zweiten Weltkrieg rückläufig entwickeln. Die absehbaren Wachstumsverluste aus dem Auslandsgeschäft werden durch die von der Bundesregierung beschlossenen Konjunkturpakete zwar bei weitem nicht kompensiert werden können, dennoch sind von der staatlichen Nachfragestützung in den Jahren 2009 und 2010 spürbare gesamtwirtschaftliche Impulse zu erwarten. Hiermit ist die Hoffnung verbunden, dass der vom Außenhandel ausgehende Abwärtsdruck nicht in der Breite auf die Inlandsnachfrage überspringt. Der Einbruch der Auslandsnachfrage wird, bei gleichzeitig höchstens stagnierenden Konsumausgaben, einen starken Rückgang bei der Investitionstätigkeit im Unternehmenssektor nach sich ziehen. Lediglich für den Staatsverbrauch ist eine erneute Ausweitung zu erwarten.

Am Arbeitsmarkt wird der Abschwung mit der üblichen zeitlichen Verzögerung erst in 2009 seine volle Wirkung entfalten. Der Beschäftigungszuwachs kam bereits im November 2008 zum Stillstand.

Aufgrund der ausgeprägten Konjunkturschwäche und der umfangreichen finanzpolitischen Stimulierungsmaßnahmen wird das Staatsdefizit im laufenden Jahr wieder stark zunehmen und die Schuldenquote wird auf einen neuen Höchststand ansteigen.

Wachstumsfördernde Faktoren wie der Rückgang der Energie- und Rohstoffpreise, die gestiegene internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen und der niedrigere (aber volatile) Euro-Wechselkurs fallen durch die Wucht der globalen Rezession leider kaum noch ins Gewicht. Immerhin konnten durch die staatlichen Stützungsmaßnahmen für Banken bedeutende Vertrauenseffekte geschaffen werden. Letztlich ist die Rückkehr des Vertrauens die entscheidende Voraussetzung für die Bewältigung der Krise.





Bericht des Vorstandes

Entwicklungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft wurde von der Finanzkrise vergleichsweise wenig tangiert, obgleich sie in zunehmendem Maße mit dem Finanzmarkt verflochten ist. Von einer allgemeinen „Kreditklemme“ konnte bisher nicht gesprochen werden. Allerdings werden von Kreditnehmern inzwischen mehr Eigenkapital und mehr Sicherheiten verlangt; die risiko-adäquate Bepreisung gewinnt an Bedeutung. Bei der Finanzierung mit Beteiligungs- bzw. Anlagekapital kommt es insbesondere bei Neufinanzierungen und bei Anschlussfinanzierungen mit hohem Fremdkapitalanteil zu Störungen.

Die konservative Anlagestrategie von Sozialunternehmen und Stiftungen hat dazu geführt, dass diese weitgehend von Verlusten aus hochriskanten Anlageformen verschont geblieben sind.

Indirekt wirkt sich die Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Sozial- und Gesundheitswirtschaft insbesondere über die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherungen aus. Im Berichtsjahr sind diese indirekten Effekte noch nicht durchgeschlagen. Aber Bund, Länder und Gemeinden haben seit Herbst 2008 krisenbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben. Für Letztere kann beispielhaft verwiesen werden auf die Konjunkturprogramme in Höhe von insgesamt 82 Mrd. Euro und auf die Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung, die je nach Umfang der Inanspruchnahme mit bis zu 480 Mrd. Euro zu Buche schlagen könnten. Die bereits vorhandene hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte von 1.517,1 Mrd. Euro wird sich weiter vergrößern. Die Finanzsituation der Sozialversicherungssysteme wird aufgrund der konjunkturellen Entwicklung und der Angewiesenheit auf staatliche Zuschüsse noch schwieriger werden. Eine nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wird mit der Einführung des Gesundheitsfonds, die 2008 beschlossen wurde, nicht erreicht werden; das ebenfalls in 2008 verabschiedete Pflege-Weiterentwicklungsgesetz⁸

klammert die Neugestaltung der Finanzierung bewusst aus.

Zwar wird in der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich, wie stark die Sozial- und Gesundheitswirtschaft mittlerweile mit der Volkswirtschaft verwoben ist; nichtsdestoweniger ist aber festzustellen, dass sie relativ konjunkturunabhängig ist. In weiten Bereichen sind Leistungen und Finanzierung öffentlich geregelt und hat die individuelle Nachfrage keinen Bezug zur persönlichen Wirtschaftslage. Zudem nehmen Bedarfe unabhängig von der Wirtschaftsentwicklung z. B. aufgrund demographischer Veränderungen und medizinischen Fortschritts zu.

Strategien der Ausgabenbegrenzung ändern sich

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft hat daher gute Voraussetzungen, Ertrag zu generieren. Die konkreten Möglichkeiten dazu hängen jedoch in hohem Maße von den Rahmenbedingungen ab, die der Staat, die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung setzen. Die Strategien der Ausgabenbegrenzung wurden im Berichtszeitraum intensiviert und weiter differenziert.

Neben den restriktiven Vergütungsverhandlungen ist die **Deckelung** des Ausgabenanstiegs Praxis. Aufgrund des Bedarfs und der Kostenentwicklung wurden ambulante und stationäre Vergütung im Rahmen der Pflegeversicherung dynamisiert⁹. Die GKV-Ausgaben für die Krankenhäuser sind zurzeit noch an die Entwicklung der Grundlohnsumme gekoppelt. Dies entspricht zumeist nicht der realen Kostenentwicklung, wie man an der Steigerungsrate für 2008 erkennen kann: Sie betrug 0,64 %. Im Krankenhausfinanzierungsreformgesetz¹⁰ ist nun vorgesehen, ein Verfahren zu entwickeln, mit dem die Steigerungsrate auf die Kostenstruktur und die Kostenentwicklung der Krankenhäuser bezogen werden soll. Somit bahnt sich eine Ent-

⁸ Pflege-Weiterentwicklungsgesetz (PfWG) vom 28.05.2008

⁹ ebda.

¹⁰ Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) vom 18.12.2008

wicklung an, die dazu beiträgt, dass Ausgabenbegrenzung nicht zum Substanzverzehr führen muss.

Als ein weiterer Ansatz zur Ausgabenreduzierung wurde in den letzten Jahren intensiv der **Wettbewerb** eingeführt. Diese Strategie wurde auch im Berichtsjahr fortgesetzt.

Beispielhaft ist auf die **Erweiterung des Anbieterkreises** hinzuweisen, die 2008 in der Kinder- und Jugendhilfe erfolgte. Die Trägerschaft von Tageseinrichtungen für Kinder können nun auch Anbieter übernehmen, die keinen Gemeinnützigkeitsstatus haben. Dies hat zur Folge, dass auch dieser Angebotsbereich für private Anbieter geöffnet ist und diese öffentliche Förderung erhalten.¹¹

Der Ansatz, Wettbewerb durch die Erhöhung der **Markttransparenz** herzustellen, wurde in Fortführung entsprechender Regelungen für die Krankenhäuser mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz auch für Pflegeeinrichtungen relevant. Die Landesverbände der Pflegekassen müssen sicherstellen, dass die Ergebnisse von Qualitätsprüfungen künftig verständlich, übersichtlich und vergleichbar veröffentlicht werden. Dies wird zu einem regionalen Ranking der Einrichtungen führen und den Wettbewerb verstärken.

Die Wettbewerbssteigerung durch die Anwendung von **Ausschreibungsverfahren** hat sich im letzten Jahr weiter verfestigt. Zu verweisen ist hier z. B. auf die Ausschreibungspraxis im Rahmen des SGB II/SGB III, die inzwischen zu einer Erosion der Trägerlandschaft geführt hat, und auf die Anwendung im Bereich Rettungswesen¹². Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Vergabeverfahrens¹³ wurde aber geregelt, dass auf Dienstleistungen in der Jugendhilfe und der Sozialhilfe das Vergaberecht nicht anzuwenden ist, da die Leistungsabgabe durch den Staat an einen bestimmten Anbieter ein plurales Angebot verhindert und das Wunsch- und Wahlrecht einschränkt.

Ausgabenbegrenzung über Strategien wie Vergütungsbegrenzung, Preiswettbewerb und unsachgerechte Investitionskostenberechnung können dazu führen, dass Substanzverzehr eintritt, Leistungsinnovationen und der Aufbau leistungsfähiger Unternehmensstrukturen verhindert werden, notwendige Eigenkapitalbildung – als Voraussetzung zur Selbst- und Fremdfinanzierung – nicht gebildet werden kann und Investitionskapital nicht in notwendigem Maße in die Sozial- und Gesundheitswirtschaft gezogen wird.

Ein weiterer kritischer Aspekt wurde im Berichtsjahr virulent: Der Pflege- und der Gesundheitsmarkt waren bislang Jobmotoren. Wegen des hohen Personalkostenanteils wurden angesichts des Vergütungsdrucks und des Preiswettbewerbs – nun auch von Sozialunternehmen – verstärkt Kosten senkende personalwirtschaftliche Maßnahmen ergriffen. Mittlerweile zeichnet sich ab, dass es schwieriger wird, die relative Attraktivität dieses Beschäftigungsbereichs zu gewährleisten und den wachsenden Personalbedarf in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu decken.

Da offensichtlich ist, dass die Ausgabenbegrenzung nicht allein über eine möglichst weitgehende Begrenzung der Vergütung, über die zugestandenen unrealistischen Investitionskosten und über den Wettbewerb zu erreichen ist, werden mittlerweile ergänzend weitere Strategien verfolgt.

Zunächst ist das Einsparen von Zuwendungen durch **Förderung der Kreditfinanzierung** anzuführen. Die Fortsetzung dieser Strategie findet sich u. a. im Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes NRW¹⁴: Die vom Land den Krankenhäusern gewährten Baupauschalen können zur Finanzierung des Kapitaldienstes verwendet werden.

Inzwischen wird noch eine weitere Strategie zur Ausgabenbegrenzung umgesetzt: Das Heben von Wirtschaftlichkeitsreserven durch eine **kostengünstigere**

¹¹ Kinderförderungsgesetz (KiföG) vom 26.09.2008

¹² z. B. BGH Beschluss 01.12.2008 – X ZB 31/08

¹³ Gesetz zur Modernisierung des Vergabeverfahrens vom 21.05.2008

¹⁴ Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes NRW vom 05.12.2007

und effektivere Leistungserbringung. Man orientiert sich an einem neuen Leistungsparadigma und die Angebotsstruktur wird differenziert.

Gemäß dem neuen Leistungsparadigma wird nicht mehr von der Perspektive des Anbieters und seinen relativ standardisierten Diensten ausgegangen, sondern von der Perspektive des Kunden. Mit Blick auf ihn werden die Leistungen wirkungsorientiert arrangiert.¹⁵

Angebotsstruktur differenziert sich

Zudem wird die bestehende Angebotsarchitektur aufgebrochen. So ist u. a. ein Entwicklungsschub hin zu vorstationären und ambulanten Angeboten auszumachen: Die Krankenhäuser dürfen vermehrt ambulante Leistungen anbieten, zahlreiche medizinische Zentren entstehen¹⁶, die ambulante Rehabilitation wird ausgebaut; im Vorfeld von Pflegeheimen entsteht eine Palette von Angeboten des Wohnens, der Unterstützung und der Pflege; das Wohnen und die Versorgung Behinderter wird dezentralisiert.

Die Differenzierung der Angebotsstruktur findet sich in den 2008 verabschiedeten bzw. in der Ausfertigung befindlichen Ländergesetzen wieder, die nach der Föderalismusreform an Stelle des alten Bundesheimgesetzes treten. Die Fixierung auf das „Heim“ wird aufgegeben und die Perspektive auf ein weiteres Angebotsspektrum hin ausgeweitet. Hierzu gehören u. a. Hausgemeinschaften, Betreutes Wohnen, betreute Wohngruppen oder andere gemeindenahe Wohnformen. Die Gesetze werden so gestaltet, dass Raum bleibt für weitere neue Angebotsformen. Zugleich sind sie zumeist weniger am Ordnungsrecht und mehr am Verbraucherschutz orientiert.

Der Differenzierung der Angebote trägt der Gesetzgeber auch bei der Neufassung des Umsatzsteuerrechtes mit dem Jahressteuergesetz 2009¹⁷ Rechnung: Es werden nicht mehr einzelne Angebotsformen wie Altenheim, Altenwohnheim, Pflegeheim etc. aufgeführt, sondern allgemein von Leistungen gesprochen, die mit Einrichtungen zur Betreuung und Pflege körperlich, geistig oder seelisch hilfebedürftiger Personen eng verbunden sind. Somit wird auch hier der Differenzierung der Angebote Rechnung getragen.

Die sich entwickelnde Angebotsarchitektur zielt darauf ab, durch das **Vermeiden der Inanspruchnahme** nicht notwendiger, aber teurer Angebote und durch das **Verhindern eines höheren Hilfebedarfs** durch Prävention die Ausgaben zu reduzieren. So wird im Pflege-Weiterentwicklungsgesetz die Rehabilitation vor Pflege verstärkt. Zudem werden die Einrichtungen belohnt, wenn ein Pflegebedürftiger nach der Durchführung aktivierender oder rehabilitativer Maßnahmen einer niedrigeren Pflegestufe zugeordnet werden kann.

Des Weiteren werden Verfahrens- und institutionelle Vorkehrungen getroffen, damit auch die **Zuweisung** zu den wirtschaftlich angemessenen Angeboten erfolgt. So werden mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz u. a. Beratung und Versorgungsmanagement gestärkt und die Pflegestützpunkte als Gatekeeper und Verweiser eingeführt.

Ausgaben treibend sind auch die Schnittstellen im Versorgungssystem, z. B. zwischen Gesundheits- und Pflegebereich. Um diese zu reduzieren, werden **Kopplungsmechanismen** eingeführt: Pflegeeinrichtungen können an der integrierten Versorgung teilnehmen, sie können selbst medizinische Behandlungspflege durchführen oder Kooperationsverträge mit vertragsärztlichen Leistungserbringern schließen.¹⁸

¹⁵ z. B. Rechtsanspruch auf Persönliches Budget ab 01.01.2008 gem. SGB IX; Pflege-Weiterentwicklungsgesetz

¹⁶ Anstieg von 2006 bis 2008 um 590 auf 1.152

¹⁷ Jahressteuergesetz vom 19.12.2008

¹⁸ Pflege-Weiterentwicklungsgesetz

Marktpotentiale sind vorhanden

Ungeachtet der Strategien der Ausgabenbegrenzung, derer sich Staat und Sozialversicherungssysteme bedienen und ungeachtet des Wettbewerbsdrucks in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft sind Marktpotentiale vorhanden und es entwickeln sich neue. Die Marktpotentiale ergeben sich aus der skizzierten neuen Angebotsarchitektur und aus dem wachsenden Bedarf.

Neue Angebotsstruktur

Um das Marktpotential der sich entwickelnden neuen Angebotsstruktur zu heben, stehen die Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft vor der Aufgabe, vom einrichtungsbezogenen und sektorbezogenen Denken abzulassen und in Geschäftsmodellen zu denken. Das Leistungsmanagement ist zu stärken. Von der alleinigen Kostenreduzierung muss zur Ertragssteigerung übergegangen werden. Herausfordernd ist auch, die neue Konkurrenzlage innerhalb der Angebotsstruktur zu beherrschen, sowie durch Kooperation bzw. durch die Vereinnahmung vor- oder nachgelagerter Angebote Leistungspfade herzustellen und die „Zulieferung“ zu sichern.

Als Beispiel für Letzteres kann auf die Krankenhäuser verwiesen werden, die häufig in den ambulanten Sektor vordringen, ambulante Versorgungszentren in Trägerschaft nehmen¹⁹, um an dem 36 Mrd. Euro umfassenden ambulanten Markt zu partizipieren und um dessen Zuweisungsmacht für das eigene Haus zu nutzen. Auch die Zahl Medizinischer Versorgungszentren in reiner Trägerschaft von Krankenhäusern steigt stetig an²⁰. Mit gleicher Absicht entstehen Pflegeeinrichtungen in der Nähe ambulanter Dienste und ambulant betreuter Wohngemeinschaften.

Wachsende Bedarfe

In vielen Bereichen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist ein wachsender Bedarf auszumachen. Dieser ist vor allem durch demographische und soziale Entwicklungen determiniert. Hierbei geht es nicht nur um den zunehmenden Bedarf an Wohnen, Unterstützung und Pflege von Senioren; wir haben es zunehmend mit Menschen zu tun, die nicht alt sind, aber der Pflege bedürfen: Aidskranke, junge Unfallopfer oder schwerbehinderte Menschen. Auch die Kinder- und Jugendhilfe ist ein Wachstumsbereich. Hier geht es nicht nur um den Ausbau der Kinderbetreuung, sondern auch um Einrichtungen und Dienste für (Problem-)Jugendliche. Des Weiteren steigt die Zahl der psychisch kranken Menschen rapide an, was eine stark gestiegene Patientenzahl in psychiatrischen Einrichtungen dokumentiert.

Dies sind nur einige der vielfältigen Felder der Sozial- und der Gesundheitswirtschaft, in denen sich durch Bedarfsverschiebung, durch Bedarfsausweitung und durch Veränderungen in der Angebotsarchitektur Marktpotential und somit auch Finanzierungsbedarf entwickelt.

Die Entscheidung, diese Marktpotentiale zu heben, wird gelegentlich dadurch erleichtert, dass zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Zu verweisen ist beispielhaft auf die ca. 12 Mrd. Euro, die Bund und Länder zusätzlich für den Ausbau der Kinderbetreuung aufwenden wollen²¹ und auf den Leistungsbereich der Pflegeversicherung, für den nun jährlich ca. 2,2 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung stehen.²²

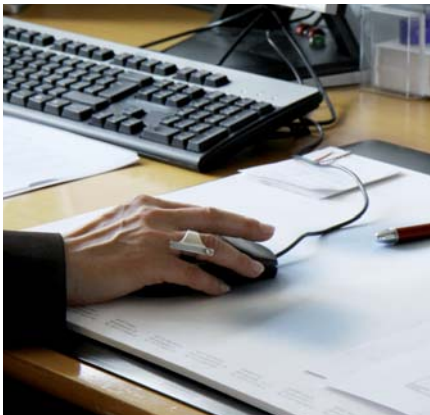
¹⁹ 2008: 37,2 %

²⁰ von 25 % in 2006 auf 37 % in 2007

²¹ Kinderförderungsgesetz

²² Pflege-Weiterentwicklungsgesetz





Entwicklungschancen für Unternehmen und Finanziers

Die hier angesprochenen Entwicklungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft lassen deutlich Geschäftspotential erkennen. In 2008 wurde verstärkt sichtbar, wie die Anbieter in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft gefordert sind, zum Ausschöpfen des Marktpotentials neue Leistungen und neue Angebotsformen zu entwickeln, die Unternehmensstrukturen anzupassen und neue Geschäftsmodelle zu etablieren. Hierzu ist Investitionspotential erforderlich. Dies wiederum setzt das Erwirtschaften von Ertrag und die Attraktivität für die Kredit- und Kapitalgeber voraus.

Die Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft können für Banken und Investoren weiterhin interessant sein: Sie bewegen sich weitgehend in regulierten und wenig konjunkturabhängigen Märkten. Dies macht die Sozial- und die Gesundheitswirtschaft insbesondere für Kapitalgeber attraktiv, die in der Realwirtschaft angemessene Erträge erwirtschaften wollen. Der Finanzierungsbedarf ist ungebrochen. Erfolgsvoraussetzung für die Finanziers ist eine detaillierte Kenntnis der einzelnen Teilmärkte und ihrer Rahmenbedingungen.



Bericht des Vorstandes

Lagebericht 2008

Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat im Geschäftsjahr 2008 erneut eine sehr positive Geschäftsentwicklung realisiert. Trotz aller Turbulenzen durch die Finanzmarktkrise konnte das Betriebsergebnis um 35,1 % auf EUR 57,3 Mio. gesteigert werden. Der Jahresüberschuss lag bei EUR 23,0 Mio. Die Bilanzsumme stieg im Vorjahresvergleich um 11,7 % auf EUR 5,23 Mrd.

Aktivgeschäft

Die **Forderungen an Kreditinstitute** wurden infolge der Entwicklungen an den Geld- und Kapitalmärkten um 76,4 % auf EUR 31,2 Mio. zurückgeführt. Stattdessen wurde die durch Kundengelder zugeflossene Liquidität in Wertpapieren angelegt.

Die **Forderungen an Kunden** erhöhten sich um 9,7 % auf EUR 2.494,2 Mio. Die Steigerung entfiel erneut vorrangig auf das langfristige Segment, in dem zugleich die höchsten Volumina bestehen: Sie erhöhten sich um 11,4 % auf EUR 2.243 Mio. Realisiert wurde das Kreditwachstum wie schon in den Vorjahren unter anderem durch eine intensive Nutzung des KfW-Kreditprogramms „Sozial investieren“. Der Investitionsbedarf für den Neubau und für den zeitgemäßen Ausbau von sozialwirtschaftlichen Einrichtungen ist ungebrochen hoch. Die Bank für Sozialwirtschaft AG als Spezialkreditinstitut verzeichnete in diesem Feld eine noch höhere Nachfrage nach ihren Leistungen als schon in den Vorjahren. Insbesondere im vierten Quartal war ein überproportionaler Anstieg der Nachfrage zu verzeichnen.

Der **Wertpapierbestand** am Bilanzstichtag war mit EUR 2.406,3 Mio. um EUR 373,0 Mio. höher als im Vorjahr. Aufgestockt wurden vor allem Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, während die nicht festverzinslichen Wertpapiere

aufgrund der Marktentwicklungen im Rahmen der Finanzmarktkrise abgebaut wurden.

Die **Beteiligungen** und die **Anteile an verbundenen Unternehmen** blieben nahezu konstant auf einer Höhe von TEUR 14.199.

Die **Treuhandkredite** blieben mit einem Volumen von EUR 174,8 Mio. auf Vorjahresniveau (2007: EUR 174,4 Mio.). Der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der BFS treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert. Die leichten Schwankungen sind stichtagsbedingt.

Der Buchwert für **Immaterielle Anlagewerte** wurde im Geschäftsjahr um 3,7 % auf EUR 16,4 Mio. erhöht. Dies war durch weitere Investitionen in Software im Zusammenhang mit den Systemen SAP und Data-warehouse begründet.

Der Buchwert der **Sachanlagen** verringerte sich durch planmäßige Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf Gebäude um 6,7 % auf EUR 24,7 Mio.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** verbuchten stichtagsbedingt einen Rückgang um 14,1 % auf EUR 9,6 Mio.

Passivgeschäft

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** wurden im Berichtsjahr um 13,1 % auf EUR 1.590,5 Mio. erhöht. Die Aufstockung resultiert überwiegend aus Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank zur Refinanzierung der gestiegenen Kundenforderungen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** verzeichneten eine Erhöhung um 13,0 % auf EUR 3.161,6 Mio. Die Steigerung entfiel vor allem auf Festgelder (+17,3 % auf EUR 1.700,1 Mio.). Die täglich fälligen Einlagen sind zum Stichtag um 9,9 % auf EUR 1.397,6 Mio. gestiegen. Die hohen Volumina im täglich fälligen und sehr kurzfristigen Bereich verdeutlichen den traditionell hohen Liquiditätsbedarf der Kunden. Hinzu kam im Zuge der Finanzmarktkrise eine Umverteilung von Anlagen aus dem Wertpapierbereich in befristete Einlagen.

Die **Verbrieften Verbindlichkeiten** verringerten sich im Vorjahresvergleich um 49,4 % auf EUR 10,3 Mio. Dies ist vor allem auf Fälligkeiten der bankeigenen Schuldverschreibungen zurückzuführen.

Die **Rückstellungen** wurden insbesondere durch den Verbrauch von Steuerrückstellungen um 20,8 % auf EUR 22,0 Mio. reduziert.

Die **Nachrangigen Verbindlichkeiten** und das Genussrechtskapital blieben auf dem Niveau des Vorjahres.

Haftendes Eigenkapital

Das **gezeichnete Kapital** und die **Kapitalrücklage** blieben im Berichtsjahr konstant bei EUR 36,4 Mio. bzw. EUR 43,3 Mio.

Die **Gewinnrücklage** ist um TEUR 19.200 auf TEUR 75.500 erhöht worden, indem dieser Betrag aus dem Bilanzgewinn 2007 in die Position „andere Gewinnrücklagen“ eingestellt wurde. Das bilanzielle Eigenkapital ohne Berücksichtigung des Bilanzgewinns beträgt damit EUR 155,2 Mio.

Als haftendes Eigenkapital sind gemäß Kreditwesengesetz darüber hinaus das Genussrechtskapital, die nachrangigen Verbindlichkeiten, der Fonds für allge-

meine Bankrisiken sowie die Vorsorgereserven zu berücksichtigen, während die immateriellen Vermögensgegenstände abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnte die Bank für Sozialwirtschaft AG im Berichtsjahr jederzeit die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes erfüllen.

Einlagensicherung

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu TEUR 7.925 verbunden (bis zum Achtfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge).

Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsbereitschaft der Bank für Sozialwirtschaft AG war zu jeder Zeit gegeben.

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erlassenen Vorschriften der Liquiditätsverordnung wurden zu jeder Zeit eingehalten. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer beträgt zum Bilanzstichtag 1,33 (Mindestwert 1,00).

Ertragslage

Der **Zinsüberschuss** inklusive der laufenden Erträge in Höhe von TEUR 91.339 konnte im Vergleich zum Vorjahr um 26,1 % gesteigert werden. Dieses Ergebnis ist vor allem auf die Zinsentwicklung und auf eine

erfreuliche Entwicklung im Kundengeschäft zurückzuführen.

Die **Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungsverträgen** verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 33,0 % auf TEUR 1.933.

Das **Provisionsergebnis** ist um 20,6 % auf TEUR 4.127 zurückgegangen. Zum einen sind die Provisionsaufwendungen im Kundenkreditgeschäft durch die wachsenden Volumina gestiegen. Zum anderen war durch die Finanzmarktkrise eine Zurückhaltung der Kunden im Wertpapiergeschäft zu verzeichnen.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** stiegen im Berichtsjahr um 8,4 % auf TEUR 2.355.

Die **Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen** sind um 5,1 % auf TEUR 36.914 gewachsen. Dabei erhöhte sich der Personalaufwand durch Neueinstellungen und Tarifsteigerungen um 6,4 % auf TEUR 23.199, während die anderen Verwaltungsaufwendungen geringfügig um 2,9 % auf TEUR 13.715 stiegen. Die Kosten entfielen im Wesentlichen auf interne Projekte im Rahmen der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und zur weiteren Optimierung des Einsatzes von SAP.

Das **Betriebsergebnis** konnte im Vergleich zum Vorjahr um 35,1 % auf TEUR 57.299 erheblich verbessert werden.

Trotz der traditionellen Anlagepolitik der Bank für Sozialwirtschaft AG führte die Finanzmarktkrise zu erhöhten Abschreibungen auf den eigenen Wertpapierbestand. Im Kreditgeschäft wurde erneut mit einer konservativen Risikovorsorge und einer vorsichtigen Kreditvergabepolitik gearbeitet. Dennoch muss durch die Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft mit relativ höheren

Kreditausfallwahrscheinlichkeiten gerechnet werden als früher. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen ist das Kreditausfallrisiko in der Sozialwirtschaft jedoch immer noch niedrig. Das **Bewertungsergebnis** belief sich insgesamt auf TEUR -26.497. Der wesentliche Anteil hiervon entfiel auf Abschreibungen auf Wertpapiere.

Die **gewinnabhängigen Steuern** reduzierten sich auf TEUR 7.812.

Der **Jahresüberschuss** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,78 % und liegt für das Geschäftsjahr 2008 bei TEUR 22.990.

Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns

Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung EUR 18,1 Mio. in die Position „andere Gewinnrücklagen“ einzustellen und eine Dividende in Höhe von EUR 4,9 Mio. an die Aktionäre auszuschütten. Dies entspricht einer Dividende in Höhe von EUR 7,00 pro Stammaktie nach EUR 6,00 im Vorjahr.

Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von EUR 2.197,76 angesetzt werden.

Risiken der künftigen Entwicklung

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie zeigen sich insbesondere in Form von Kredit- und Marktpreisrisiken.

Sowohl quantitativ (Solvabilitätskoeffizient) als auch qualitativ (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) hält die Bank für Sozialwirtschaft AG die

bankaufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung ein. Dies gilt auch hinsichtlich der Vorkehrungen zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen sind Verlustobergrenzen für unterschiedliche Risikoarten definiert, an denen die Bank unter anderem ihre geschäftspolitischen Maßnahmen ausrichtet. Dabei nutzt sie EDV-gestützte Systeme, um die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen.

Die Ermittlung struktureller Adressenausfallrisiken im Kredit- und Wertpapiergeschäft basiert auf Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen von Ratingsystemen, die den Anforderungen an ein internes Rating nach Basel II entsprechen. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumina und Blankoanteilen ausgewertet.

Das Kreditportfolio der BFS weist insgesamt eine granulare Struktur auf. Ein signifikanter Anteil des ausgereichten Kreditvolumens wird in Einrichtungen der Altenpflege gehalten. Dieser Risikokonzentration begegnet die BFS mit ihrer langjährigen Branchen- und Marktkompetenz und mit dem Einsatz sektor- und einrichtungsartenspezifischer Instrumente zur Risikoabwehr und -prävention sowie klar geregelten Kompetenzen im Rahmen der Kreditgewährung und der Problemerkreditbearbeitung.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozialwirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kredit-sicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozialwirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozialwirtschaft geschult und über regelmäßige interne Veröffentlichungen informiert.

Die Marktpreisrisiken beziehen sich angesichts der Geschäftsstruktur der Bank nahezu ausschließlich auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen. Ein Handelsbuch wird gemäß § 2 Abs. 11 KWG nicht unterhalten.

Die Eigenbestände an Wertpapieren sind den allgemeinen Zins- und Kursrisiken ausgesetzt. Zur Überwachung dieser Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft AG über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht.

Es ist sicher gestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotential der Geschäfte sind durch ein bankinternes Limitsystem begrenzt. Die Limite wurden an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiert. Zur Absicherung gegen ungünstige Zinsänderungen werden in geringem Umfang verschiedene Zinsderivate eingesetzt.

Zur Quantifizierung der Risiken werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Darüber hinaus

werden regelmäßig die potentiellen Verlustrisiken aus möglichen künftigen Zins- und Kursänderungen analysiert.

Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Neben den Kredit- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft AG auch auf operationelle Risiken (z. B. Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einstellen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotentiale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen wird durch die Abteilung Treasury der Bank gewährleistet. Es erfolgt eine regelmäßige Planung des Liquiditätsgrundsatzes mit festgelegten internen Untergrenzen. Die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank erfolgt auf Basis einer integrierten Liquiditäts- und Finanzplanung. Hierbei werden sowohl vertraglich determinierte als auch geplante bzw. erwartbare Zahlungsströme berücksichtigt. Eine spezielle Konzentration des Liquiditätsrisikos auf eine Teilkategorie (Marktliquidität, Refinanzierung, Abrufisiko) ist bei der Bank für Sozialwirtschaft nicht feststellbar und auch für die Zukunft nicht prognostiziert.

Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht wesentlich beeinträchtigen.

Ausblick

Ihre Geschäftsperspektiven schätzt die Bank für Sozialwirtschaft AG weiterhin als sehr positiv ein. Das Kerngeschäftsfeld Sozialwirtschaft gilt aufgrund der demographischen Entwicklung und des damit verbundenen steigenden Bedarfs z. B. an Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitssektor als Wachstumsmarkt. Zugleich muss die Sozialwirtschaft durch die aktuellen und die noch zu erwartenden Reformen der Sozialen Sicherungssysteme künftig weiterhin mit schwieriger werdenden finanziellen Rahmenbedingungen rechnen. Die Bank für Sozialwirtschaft AG geht davon aus, dass sich der Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen fortsetzen wird. Als Konsequenz daraus wächst der Bedarf an Bankleistungen, insbesondere an Krediten. Zudem steigen die Anforderungen an eine Beratungskompetenz, die nicht nur bankfachliche Aspekte, sondern auch die speziellen Rahmenbedingungen der Finanzierung sozialwirtschaftlicher Unternehmen einbezieht.

Aktuell kommt als Chance für die Bank für Sozialwirtschaft AG hinzu, dass im Zuge der Finanzmarktkrise eine Reihe von Kreditinstituten das Geschäftsfeld Sozial- und Gesundheitswirtschaft weniger offensiv anspricht. Eine stark gestiegene Anfrage nach Finanzierungen durch die BFS ist die Folge. Durch ihr bereits vor einigen Jahren eingeführtes Instrumentarium zur differenzierten Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der Kunden ist eine genaue Prüfung der Kreditrisiken und eine risikoadäquate Bepreisung der Kredite bei der Bank für Sozialwirtschaft AG bereits etabliert. Eine Verschärfung der Kreditvergabepolitik im Zuge der Finanzmarktkrise ist nicht erforderlich. Durch ihre ausreichende Eigenkapitalausstattung hat die Bank zudem genügend Spielraum, ihre Zielsetzung eines qualitativen Wachstums auch im Kreditgeschäft weiterhin umzusetzen.

Es ist damit zu rechnen, dass die Sozialwirtschaft in den nächsten Jahren verstärkt Elemente der Unternehmensfinanzierung nutzen wird, u. a. um das veränderte Finanzierungsverhalten der öffentlichen Hand und der Kostenträger zu kompensieren. Im Berichtsjahr hat die Bank für Sozialwirtschaft AG ihre Strategie, hier frühzeitig adäquate Angebote zu machen, weiter verfolgt. Im Frühsommer 2008 startete der Vertrieb des bundesweit ersten Mezzanine Fonds, der sowohl hinsichtlich der rechtlichen Konstruktion als auch mit Blick auf die Tranchen und die Konditionen für die Bedürfnisse der Sozialwirtschaft maßgeschneidert ist. Die Geschäftsführung der „BFS Mezzanine Fonds GmbH & Co. KG“ hat die Bank ihrer Tochtergesellschaft IS Immobilien-Service GmbH übertragen. Bis zum Jahresende 2008 konnte die erste Tranche an Genussrechten des Fonds ausgezahlt werden. Bis zum Jahresende 2009 sollen die ersten EUR 10 Millionen platziert sein.

Die ständige Verbesserung der internen Basis für die weitere Geschäftsausweitung bleibt auch nach der Einführung der Standardsoftware SAP und der Realisierung eines Datawarehouse im Sommer 2006 ein zentrales Thema. Inzwischen liegt der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit auf der optimalen Nutzung der softwaretechnischen Möglichkeiten der neuen Systeme.

Die konsequente strategische Ausrichtung der Bank für Sozialwirtschaft AG bringt es mit sich, dass eine Reihe von internen Maßnahmen kontinuierlich weiterentwickelt, aber nicht grundsätzlich verändert werden. Hierzu gehört die Mitarbeiterfort- und -weiterbildung. Sie verfolgt das Ziel, neben den bankfachlichen Kenntnissen das Wissen um die Veränderungen der finanziellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen der einzelnen Branchen der Sozialwirtschaft aktuell zu halten. Von besonderer Bedeutung sind dabei der Austausch mit Kunden und Gremien der

Bank und die Unterstützung durch ein sozialwirtschaftliches Research.

Im Anlagegeschäft steht eine Beratung auf der Basis der gemeinnützigkeitsrechtlichen Rahmenbedingungen im Vordergrund, die für die meisten Kunden der Bank für Sozialwirtschaft AG gelten. Dass traditionell überwiegend eine risikoaverse Anlageberatung nachgefragt wird, hat sich für die Kunden und die Bank seit Beginn der Finanzmarktkrise als sehr vorteilhaft erwiesen. Die Bank geht davon aus, dass das stark gewachsene Potential risikoavers orientierter Anleger mittelfristig gute Wachstumschancen in diesem Feld mit sich bringen wird.

Im Zahlungsverkehr setzt die Bank für Sozialwirtschaft AG auch künftig auf innovative Produktentwicklungen, eine schnelle technische Abwicklung sowie kostengünstige Angebote. Hinzu kommt die kontinuierliche Weiterentwicklung der Dienstleistungen speziell für Spendenorganisationen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, sind nicht vorgekommen.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Perspektiven und Maßnahmen sowie interner Hochrechnungen geht die Bank für Sozialwirtschaft AG für das laufende und das darauf folgende Geschäftsjahr von einer weiterhin sehr erfolgreichen Entwicklung aus.

Berlin/Köln, den 20. April 2009

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt
Dietmar Krüger
Dr. Arnd Verleger

Bericht des Vorstandes

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Aufgrund des dynamischen und engagierten Einsatzes unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreichte die Bank für Sozialwirtschaft AG trotz der turbulenten Rahmenbedingungen ein hervorragendes Ergebnis. Die stets lösungsorientierte und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat hat ebenfalls dazu beigetragen, das Unternehmen nachhaltig zu stärken.

Der Dank des Vorstandes gilt daher allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch allen Mitgliedern des Betriebsrates.

Personalbestand

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum 31. Dezember 2008 ist im Vorjahresvergleich um fünf auf 313 gestiegen. Vor allem das Wachstum im Kundengeschäft und ein erhöhter Bearbeitungsaufwand im Zusammenhang mit den Mindestanforderungen an das Risikomanagement waren ursächlich für den gestiegenen Personalbedarf.

Wir sind uns unserer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst, junge Menschen auf ihrem Weg ins Berufsleben zu unterstützen. Zum Ende des Geschäftsjahres 2008 befanden sich daher insgesamt sieben Auszubildende in der Ausbildung zum Berufsbild Bankkaufmann. Allen Auszubildenden, die im Jahr 2008 einen Abschluss erlangten, wurde ein Arbeitsplatz in der Bank für Sozialwirtschaft AG angeboten.

Der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten teilt sich hälftig auf. Die Zufriedenheit der Mitarbeiter spiegelt sich in der traditionell hohen Betriebszugehörigkeit wider, die mit einer entsprechend geringen Fluktuation – mit 5 Prozent deutlich unter dem Branchendurchschnitt – korrespondiert. Daran hat sich auch im Berichtsjahr nichts geändert. So konnten im Geschäftsjahr 2008 zahlreiche 10-, 25-, und 30-jährige

Betriebsjubiläen begangen werden. Diese Betriebszugehörigkeit ist einerseits wichtig für die Kontinuität der Entwicklung des Unternehmens und andererseits von immenser Bedeutung für den Aufbau langjähriger, erfolgreicher Kundenbeziehungen.

Personalentwicklung

Unter dem Aspekt der Leistungssteigerung ist es bei der Personalarbeit wichtig, Talente zu erkennen, zu fördern und langfristig an das Unternehmen zu binden. Um unseren Kunden die Qualität an Leistungen anbieten zu können, die erforderlich ist, um im Wettbewerb gute Erfolge zu erzielen, ist unsere Personalpolitik daher eng mit der Unternehmensstrategie verbunden.

Die bereits seit Jahren bewährten Zielvereinbarungs- und Mitarbeiterbeurteilungssysteme orientieren sich an den Zielen der Bank für Sozialwirtschaft AG und garantieren allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern transparente, am Unternehmenserfolg ausgerichtete, individuelle Leistungsbeurteilungen.

Wie in den Vorjahren haben wir auch im Jahr 2008 hohe Investitionen in die arbeitsplatzbezogene und persönliche Weiterentwicklung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getätigt. Hier lag der Fokus auf fachlichen Qualifizierungsmaßnahmen, Coaching sowie Führungskräfteentwicklung und -beratung.

Da wir als Fachbank für das Sozial- und Gesundheitswesen mit dem Anspruch einer ganzheitlichen Kundenbetreuung tätig sind, legen wir zudem großen Wert auf Wissenstransfer und die Zusammenarbeit aller Unternehmensbereiche. Der Personalbereich fördert dies durch vielfältige Aktivitäten, wie zum Beispiel bereichsübergreifende Weiterbildungsmaßnahmen.

Die Erfahrungen zeigen, dass die qualifizierte Beratung unserer sozialwirtschaftlichen Klientel eine systematische zusätzliche Ausbildung erfordert. Einen ebenfalls sehr wichtigen Baustein unseres Personalentwicklungskonzeptes stellt daher unser sozialwirtschaftliches Fortbildungsangebot dar. In Einführungs-, Aufbau- und Spezialistenseminaren werden unsere Kundenberater ständig in den für die Bank zentralen Marktsegmenten weitergebildet. Dies trägt dazu bei, dass unsere Kunden stets von hochqualifizierten Mitarbeitern betreut werden.

Zur Sicherstellung zeitgemäßer Standards in der Personalentwicklung haben wir Studiendarlehen eingeführt, durch die der Begünstigtenkreis seine nebenberuflichen Fortbildungskosten erheblich minimieren kann. Diese Darlehen werden grundsätzlich zinslos gewährt und können durch eine entsprechende Betriebszugehörigkeit nach Studienabschluss getilgt werden. Hierdurch wird der Wissenstransfer aus dem Hochschulbereich in die Bank für Sozialwirtschaft AG gewährleistet.

Gesundheitsmanagement

Eine weitere Aufgabe sehen wir darin, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch eine attraktive Gestaltung des Arbeitsplatzes an die Bank für Sozialwirtschaft AG zu binden. In diesem Zusammenhang erwähnenswert ist unser betriebliches Gesundheitsmanagement, das wir Ende 2008 eingeführt haben, denn die Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt uns am Herzen.

So haben wir allein an unserem Standort Köln über 160 Mitarbeiter im Rahmen eines Gesundheitstages geschult, zu dem Vertreter von Krankenkassen und Fitnesseinrichtungen Vorträge zur richtigen Ernährung und Bewegung am Arbeitsplatz hielten. Weiterhin wurden mobile Rückenmassagen sowie Messungen

von Körperwerten angeboten. Aufgrund der durchweg positiven Resonanz finden seit März 2009 monatliche Folgeveranstaltungen mit Themen zu Beruf und Gesundheit statt.

Gesellschaftliches Engagement

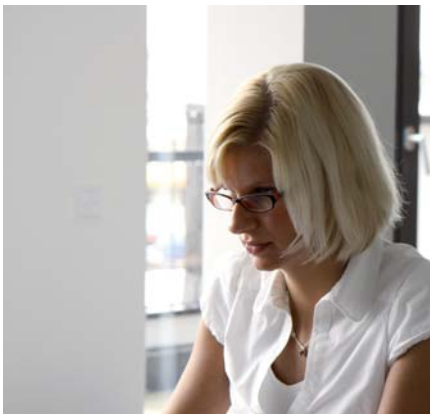
Das aktive gesellschaftliche Engagement unserer Mitarbeiter in vielfältiger Form zu fördern, betrachten wir als Verpflichtung. Viele unserer Mitarbeiter absolvieren ehrenamtliche Tätigkeiten in sozialwirtschaftlichen Organisationen.

Familienbewusste Personalpolitik

Es liegt uns sehr daran, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodelle für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen. Verschiedene Teilzeitarbeitsmodelle bieten den Beschäftigten zahlreiche Variationsmöglichkeiten, Familie und Beruf in Einklang zu bringen.

So bietet die Bank Beschäftigten bereits während ihrer Elternzeit die Möglichkeit an, in Teilzeit (z. B. wöchentliche Arbeitszeiten von bis zu 30 Stunden) zu arbeiten oder Aushilfs- und Vertretungstätigkeiten zu übernehmen. Die zeitlich begrenzte Übernahme einer Teilzeitstelle gibt den Mitarbeitern die Chance, sich während besonders betreuungsintensiver Phasen auf Familienaufgaben zu konzentrieren. Sie bedeutet aber gleichzeitig die Möglichkeit, die Fachkenntnisse erhalten, auf einer qualifizierten Stelle hinzuverdienen und Kontakt zu Kollegen halten zu können. Außerdem wird die Wiedereingliederung in den Kollegenkreis auch nach einer längeren Freistellung unterstützt.

Gleichzeitig versuchen wir Wünsche nach Teilzeitarbeitsplätzen nach der Elternzeit so weit es geht zu realisieren, was durch diverse Möglichkeiten flexibler

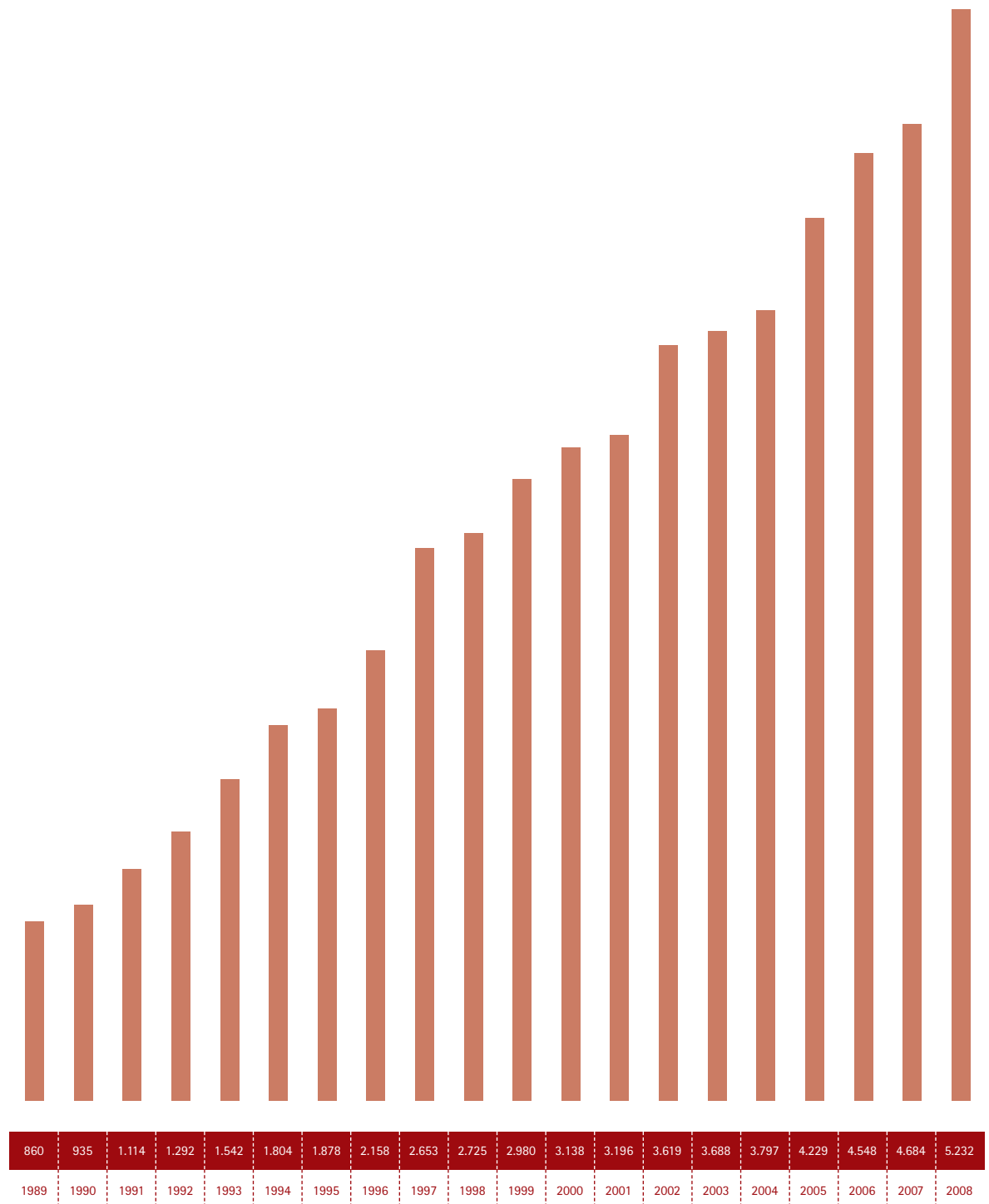


Arbeitszeiteinteilung und auf der Basis unseres Vertrauensarbeitszeitmodells unterstützt wird.

Darüber hinaus bieten wir die Möglichkeit zu einem gleitenden Übergang in den Ruhestand. Die Absprache der Arbeitszeit erfolgt in Abhängigkeit von betriebs-spezifischen Notwendigkeiten und den individuellen Wünschen des Arbeitnehmers. Mitarbeiter, die über 55 Jahre alt sind, erhalten hierdurch die Möglichkeit – nach verschiedenen Modellen – die Arbeitszeit zu reduzieren. Hierdurch entstehen Freiräume, die auch für die Übernahme familiärer Verpflichtungen z.B. gegenüber den Enkelkindern (und damit mittelbar auch als zeitliche Entlastung der eigenen Kinder) genutzt werden können.

Hierbei begreifen wir die Altersteilzeit als interne Herausforderung, betriebspezifisches Wissen weiterzugeben, neuen Beschäftigten einen gleitenden Einstieg ins Unternehmen zu ermöglichen und den Dialog der Generationen zu fördern.

Bilanzsumme in Millionen EUR



Bericht des Vorstandes

Entwicklung der Tochterunternehmen

BFS Service GmbH

Die BFS Service GmbH hat im Geschäftsjahr 2008 ihr Wachstum ungebrochen fortgesetzt und erneut das beste Ergebnis ihrer Geschichte vorgelegt: Der Umsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um knapp 7 % auf EUR 5,7 Mio. Der Gewinn konnte auf EUR 1,67 Mio. gesteigert werden (+ 16,8 %). Wie bereits in den Vorjahren ist das hervorragende Ergebnis vor allem auf die Attraktivität des Factoring-Angebots zurückzuführen.

Factoring

Die Vorfinanzierung von Forderungen durch Online-Factoring hat sich in den letzten Jahren zum Hauptgeschäftsfeld der BFS Service GmbH entwickelt. Die zunehmende Tendenz der Kostenträger zu einer Verlängerung der Zahlungsziele führt dazu, dass der Liquiditätsbedarf in Unternehmen der Sozialwirtschaft stetig steigt. Dieser Entwicklung begegnet die BFS Service GmbH mit einem flexiblen Leistungspaket, das speziell auf die Einzelbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft (ambulante Pflegedienste, Rettungsdienste, Altenheime, Krankenhäuser etc.) zugeschnitten ist.

Seit September 2008 wird Online-Factoring zudem für Sanitätshäuser, Orthopädie, Reha- und Medizintechnik angeboten. Unter dem Motto „Verbindungen schaffen Mehrwert“ wird über Kooperationspartner die integrative Vorfinanzierungslösung Online-Factoring erstmalig in diesem Geschäftsfeld offeriert.

Darüber hinaus hat die BFS Service GmbH im Geschäftsjahr 2008 ihre Leistungen im Bereich Factoring über die traditionelle Vorfinanzierung durch Online-Factoring hinaus erweitert: Sie bietet jetzt auch den Datenträgeraustausch gemäß § 302 SGB V (DTA Häusliche Krankenpflege) und § 105 SGB XI (DTA

Pflege) an. Bei Bedarf übernimmt sie das gesamte Mahnwesen und den Rechnungsversand für ihre Kunden.

Fortbildung

Im Berichtsjahr konnte die BFS Service GmbH ihre Marktposition als innovativer Anbieter von Ein- bis Zweitagesseminaren zu aktuellen betriebswirtschaftlichen und juristischen Fragestellungen der Sozialwirtschaft ausbauen: Insbesondere die Seminare zu den Themen „BilMoG – Auswirkungen auf den Jahresabschluss steuerbegünstigter Körperschaften“, „Der steuerpflichtige Geschäftsbetrieb“, „Finanz- und Liquiditätsplanung in sozialwirtschaftlichen Einrichtungen“ und „Umsatzsteuerrecht für gemeinnützige Einrichtungen“ führten zu einem starken Teilnehmerzuwachs.

Einmal mehr hat das Unternehmen damit bewiesen, dass es zukunftsweisende Herausforderungen an Unternehmen der Sozialwirtschaft frühzeitig erkennt und in Form praxisnaher Seminarthemen aufgreift.

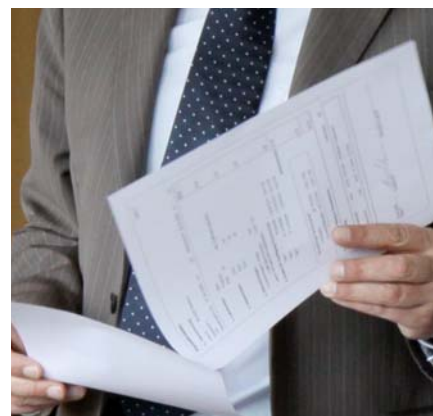
Benchmarking und Betriebsvergleiche

Zum dritten Mal führte die BFS Service GmbH im Geschäftsjahr 2008 in Zusammenarbeit mit dem „Bundesverband evangelische Behindertenhilfe“, der „Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie“ und der „xit GmbH“ ein verbandsübergreifendes „Qualitätsorientiertes Benchmarking für Wohnstätten der Behindertenhilfe“ durch. Darin werden nicht nur betriebs- und personalwirtschaftliche Input-Daten, sondern auch Prozess- und Ergebnisdaten verglichen. Ergebnis ist eine umfangreiche Datenbasis mit qualifizierten Informationen, die die Teilnehmer zur Unternehmenssteuerung nutzen können. Im dritten Jahr haben sich rund 60 Wohnstätten an dem Projekt beteiligt.

Zum langjährigen Standardangebot der BFS Service GmbH gehören die Betriebsvergleiche für die ambulante und die stationäre Altenhilfe sowie für Werkstätten für behinderte Menschen, die vom Markt nach wie vor gut angenommen werden. Sie bieten ein rein datengestütztes Benchmarking, das seit einigen Jahren durch den persönlichen Austausch der Teilnehmer in Benchmarking-Kreisen ergänzt wird. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Betriebsvergleiche dem Management Hinweise auf Verbesserungspotentiale geben und Veränderungsprozesse in den Einrichtungen anstoßen.

Ausblick

Die BFS Service GmbH hat sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt. Ihr Wachstum drückt sich nicht nur in den Bilanzzahlen aus, sondern auch in der Anzahl der Mitarbeitenden, die für diese Leistungen stehen. Die erfreuliche Entwicklung hat zur Folge, dass die BFS Service GmbH im Frühjahr 2009 neue Räumlichkeiten im Kölner Rheinauhafen bezogen hat. Damit soll weiteres Wachstum ermöglicht werden. Ihre Geschäftsperspektiven für die nächsten Jahre schätzt die BFS Service GmbH weiterhin sehr positiv ein.



IS Immobilien-Service GmbH

Eine höhere Nachfrage nach ihren Gutachten und Beratungstätigkeiten und eine Erweiterung ihrer Dienstleistungspalette führten im Geschäftsjahr 2008 bei der IS Immobilien-Service GmbH zu einer erheblichen Steigerung des Jahresüberschusses von TEUR 270 (2007) auf TEUR 407 (2008). Dabei hat das Unternehmen davon profitiert, dass es einen großen Teil seiner Erträge mit Analysen erzielt, die eine zuverlässige Einschätzung der Zukunftsfähigkeit von Investitionsvorhaben ermöglicht. Diese Einschätzung ist sowohl für die Investoren selbst als auch für die finanzierenden Banken im Zuge der Finanzmarktkrise noch wichtiger geworden als zuvor.

Standort- und Wettbewerbsanalysen

Bereits in den letzten Jahren war deutlich geworden, dass in dem für die Bank für Sozialwirtschaft AG wichtigen Segment der Pflegeimmobilien inzwischen an vielen Standorten eine Marktsättigung vorliegt. Entscheidend für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg ist daher heute in erster Linie die Wettbewerbsfähigkeit eines Projektes. Diese prüft die IS Immobilien-Service GmbH im Rahmen ihrer Standort- und Wettbewerbsanalyse detailliert. Durchleuchtet werden u. a. das Pflegekonzept, dessen Passgenauigkeit zur architektonischen Planung und die Stellung des Betreibers am Markt. Wie bereits in 2007 hat die IS Immobilien-Service GmbH im Berichtsjahr mehr als 90 solcher Analysen durchgeführt. Dadurch hat sie einen differenzierten Einblick in die regionalen Märkte.

Um diesen noch zu verbessern, ist für 2009 die Einführung eines datenbankbasierten Analysetools geplant. Dadurch soll zum einen die statistische Datenbasis für neue Projekte schneller aufbereitet werden. Zum anderen sollen dort die wesentlichen Ergebnisse

aller bereits analysierten Projekte verfügbar gemacht werden, um die vorhandenen Kenntnisse noch effektiver für den laufenden Analyseprozess nutzen zu können.

Beleihungswertgutachten

Im Geschäftsbereich der Beleihungswertgutachten konnte die IS Immobilien-Service GmbH im vergangenen Jahr Zuwächse verbuchen. Insgesamt wurden rund 200 Gutachten zum Sicherheitenwert von geplanten Objekten und Bestandsimmobilien durchgeführt (2007: ca. 180). Die Beleihungswertgutachten der IS Immobilien-Service GmbH zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Spezifika der Sozialwirtschaft berücksichtigen, die sich u. a. aus dem Spannungsverhältnis zwischen zweckgebundenen räumlichen Konzeptionen, der Einbeziehung öffentlicher Kostenträger und der häufig ideellen Ausrichtung der Bauherren und Betreiber ergeben.

Pflegeimmobilienfonds A.B. SANIGA

Als Berater des Fondsmanagements für den Pflegeheimfonds A.B. SANIGA der Aachener Grundvermögen Kapitalanlagegesellschaft mbH hat die IS Immobilien-Service GmbH im Berichtsjahr zwei neue Objekte mit einem Gesamtvolumen von ca. EUR 10 Mio. vermittelt. Das Fondsvolumen zum Jahresende 2008 lag bei EUR 35 Mio. Im Gegensatz zu den meisten Fonds berücksichtigt die Immobilienauswahl für den A.B. SANIGA neben wirtschaftlichen auch ethische Aspekte, die vor allem für kirchliche und gemeinnützige Träger wichtig sind.

BFS Mezzanine Fonds

Im Auftrag der Bank für Sozialwirtschaft AG hat die IS Immobilien-Service GmbH 2008 die Geschäftsführung des bundesweit ersten speziell auf die Bedürfnisse

der Sozialwirtschaft zugeschnittenen Mezzanine Fonds übernommen. Das Fondsvolumen der „BFS Mezzanine Fonds GmbH & Co. KG“ beträgt EUR 10 Mio. Euro; eine Aufstockung bis zu EUR 30 Mio. ist möglich. Der Fonds investiert über Genussrechte in sozialwirtschaftliche Unternehmen. Anlegern wird eine Kommanditbeteiligung an einem geschlossenen vermögensverwaltenden Fonds angeboten. Rechtlich ist der Fonds so ausgestaltet, dass er sowohl von gemeinnützigen als auch von privat-gewerblichen Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft genutzt werden kann.

Der Vertrieb startete im Frühsommer 2008 und stieß insbesondere bei gemeinnützigen Kunden auf großes Interesse. Im vierten Quartal wurde die erste Tranche an Genussrechten ausgezahlt. Bis zum 31. Dezember 2008 summierten sich die Auszahlungen auf EUR 2,7 Mio. Auch bei der Gewinnung von Kapitalanlegern startete der Fonds erfolgreich. Die Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 führte dann jedoch zu den bekannten Marktverwerfungen, die u. a. auch das Anlagesegment Mezzanine insgesamt zum Erliegen brachten. Es erschien daher sinnvoll, die Akquisition von neuem Kommanditkapital vorübergehend auszusetzen, da sich der Fokus der meisten potentiellen Anleger in diesem Zeitraum auf die Restrukturierung ihrer Portfolien und eine Neujustierung der Anlagepolitik ausrichtete.

Ausblick

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise haben bei der IS Immobilien-Service GmbH zu einem starken Anstieg der Nachfrage geführt. So lagen z. B. im Januar 2009 doppelt so viele Aufträge für Standort- und Wettbewerbsanalysen und für Beleihungswertgutachten vor wie im Vorjahresmonat. Für den A.B. SANIGA hatte die IS Immobilien-Service GmbH bereits im Februar 2009 das Vorjahresvolumen erreicht, weil

gleich zu Jahresbeginn zwei neue Objekte für den Fonds vermittelt werden konnten.

Diese positive Entwicklung liegt darin begründet, dass die Finanzierung neuer Projekte in der Sozialwirtschaft durch die Finanzmarktkrise zurzeit schwieriger geworden ist. Einige Kreditinstitute haben sich aktuell aus dieser Branche zurückgezogen. Dagegen stehen sowohl die Bank für Sozialwirtschaft AG als auch die Aachener Grundvermögen Kapitalanlagegesellschaft mbH weiterhin als Finanzierungspartner bzw. Käufer neuer Objekte bereit.

Für den BFS Mezzanine Fonds ist das Ziel, dass bis zum Jahresende 2009 die ersten EUR 10 Mio. platziert werden sollen. Es stehen bereits weitere Tranchen zur Auszahlung an; offen sind noch EUR 2,5 Mio. des Fondsvolumens. Das Angebot des Fonds, Eigenkapital für Finanzierungsvorhaben zu generieren, und die hohe Nachfrage nach Finanzierungen durch die Bank für Sozialwirtschaft lassen auf dieser Seite eine schnelle Schließung des Fonds erwarten. Auf Seiten der Kommanditbeteiligungen geht die IS Immobilien-Service GmbH davon aus, dass die starke allgemeine Verunsicherung der Anleger sukzessive dem realistischen Blick auf die attraktive Rendite-Risiko-Relation des BFS Mezzanine Fonds – vor allem im Vergleich zum derzeit sehr niedrigen Zinsniveau – weichen wird.

Insgesamt rechnet die IS Immobilien-Service mit Blick auf die steigenden Anforderungen an die Finanzierung von Sozialimmobilien und die wachsende Bedeutung spezieller Instrumentarien zur Analyse der Zukunftsfähigkeit sozialwirtschaftlicher Unternehmen mit einer weiterhin sehr erfolgreichen Entwicklung.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und aufgrund schriftlicher Berichte vom Vorstand umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsvorfälle, Geschehnisse und Fragestellungen informieren lassen.

Auf dieser Basis hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat er wahrgenommen. Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Kreditausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Im Rahmen der Hauptversammlung am 8. Juli 2008 in Köln fand die Neuwahl der Mitglieder des Aufsichtsrates der Bank für Sozialwirtschaft AG statt, deren fünfjährige Amtszeit turnusgemäß endete. Der Aufsichtsrat besteht ausschließlich aus Vertretern der Aktionäre. Einstimmig wiedergewählt wurden die Herren Wolfgang Altenbernd, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e.V., Dortmund; Christian Graf von Bassewitz, Bankier i. R., Düsseldorf; Dr. Robert Batkiewicz, Stiftungsdirektor der Caritasstiftung Deutschland, Köln; Rainer Brückers, Bundesgeschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt e.V., Berlin; Pfarrer Klaus-Dieter Kottnik, Präsident des Diakonischen Werkes der EKD e.V., Berlin; Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Gesamtverband e.V., Berlin; Berthold Simons, Kaufmännischer Direktor i. R., Berlin; Dr. Wolfgang Teske, Vizepräsident des Diakonischen Werkes der EKD e.V., Stuttgart; Michael Warman, Stv. Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V., Hamburg;

Prof. Dr. Manfred Willms, Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz e.V., Generalsekretariat, Berlin.

Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden die Herren Dr. Matthias Berger, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Dr. Weh und Kollegen, Waldshut-Tiengen, und Niko Roth, Finanz- und Personalvorstand des Deutschen Caritasverbandes e.V., Freiburg.

Die Herren Paul-Werner Schöndorf, Finanzdirektor a. D., Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V., Freiburg, und Dr. Ernst Thiemann, Geschäftsführer i. R., Oberaudorf, schieden am 8. Juli 2008 aus dem Aufsichtsrat aus.

In der sich an die Hauptversammlung anschließenden konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrates wurden Herr Dr. Wolfgang Teske zum Vorsitzenden und Herr Michael Warman zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates bestellt.

Herr Dr. Ernst Thiemann ist am 20. Dezember 2008 nach langer schwerer Krankheit im Alter von 77 Jahren verstorben. Im Rahmen seiner langjährigen Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrates hat Herr Dr. Thiemann sich sehr um die Bank verdient gemacht.

Am 08. April 2009 ist Herr Karl Klerx, der in dreißig Jahren seines Wirkens von 1965 bis 1995 als Geschäftsführer die Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft von der „Hilfskasse Bankgesellschaft mbH“ bis zur „Bank für Sozialwirtschaft GmbH“ vorangetrieben hat, im Alter von 76 Jahren verstorben.

Der Tod beider Herren hat die Mitglieder des Aufsichtsrates tief betroffen gemacht. Wir werden Herrn Dr. Thiemann und Herrn Klerx stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Der Jahresabschluss 2008 wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Deutsche Warentreuhand AG, Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat das Ergebnis des Abschlussprüfers ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

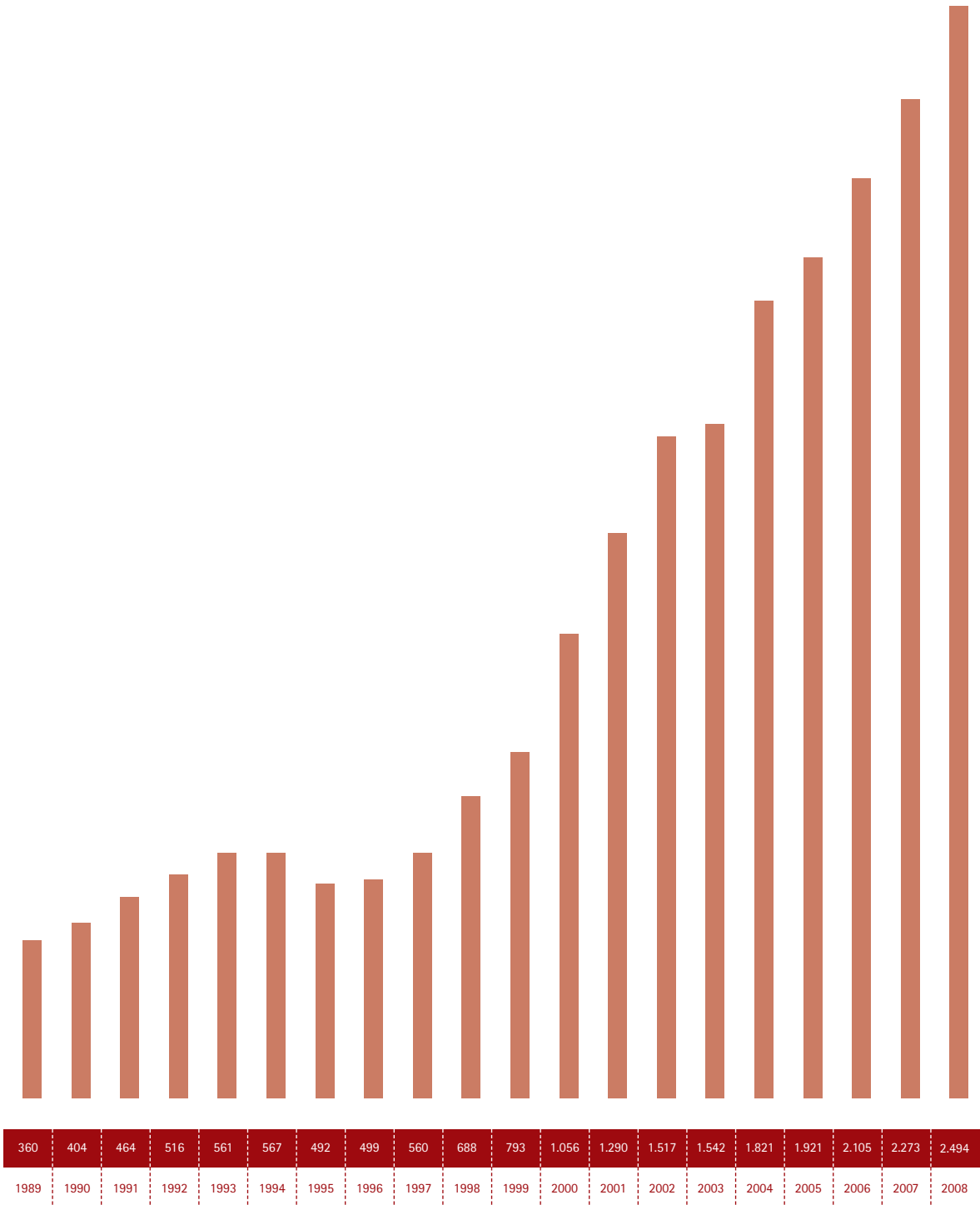
Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2008. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

Köln, den 19. Mai 2009

Der Aufsichtsrat



Kundenkredite in Millionen EUR



Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2008 der
Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft,
Berlin und Köln

2008

Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2008 der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln

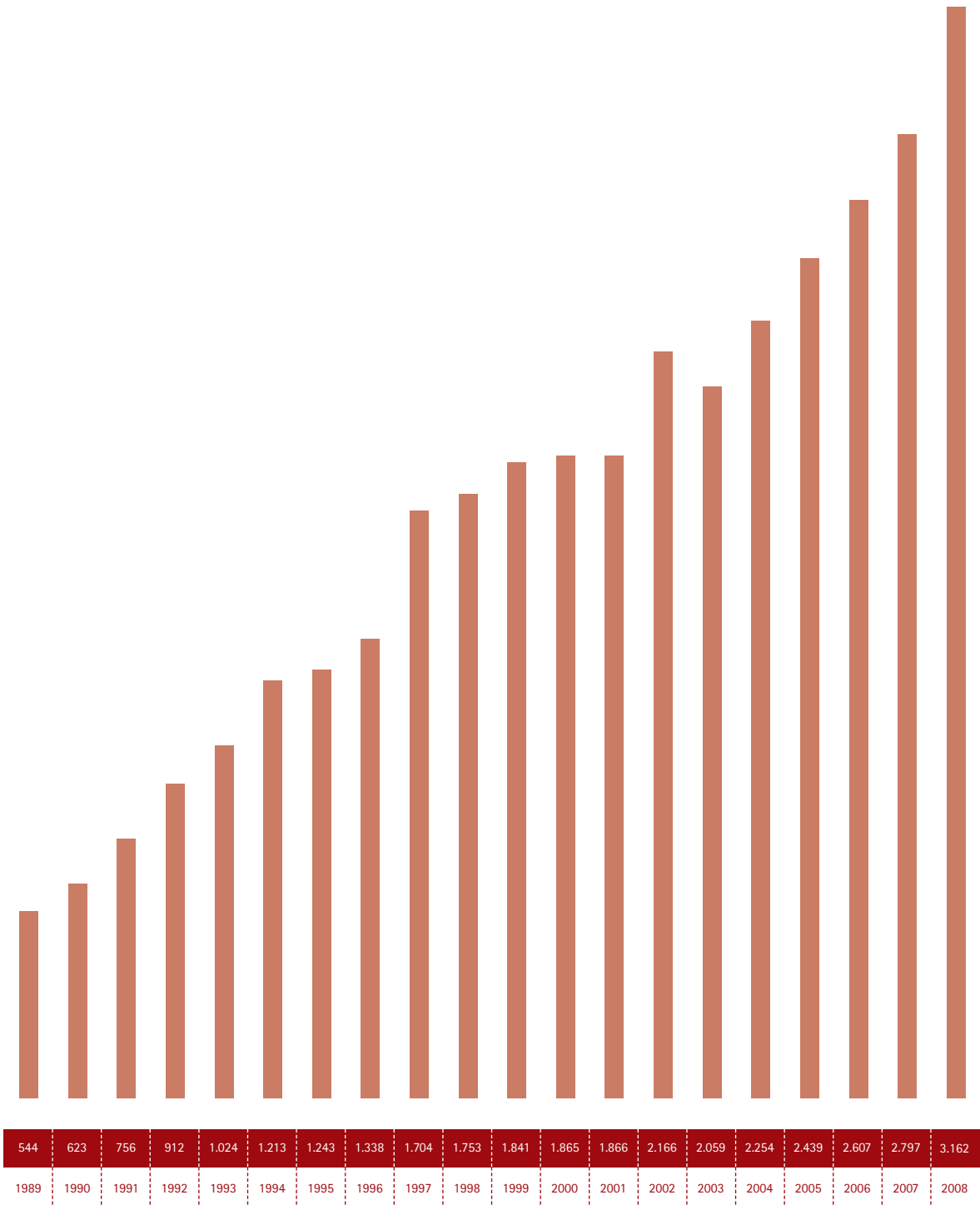
Aktivseite	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		432.097,01		
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		<u>55.379.372,08</u>	55.811.469,09	559
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	-,-			-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-,-			
b) Wechsel		-,-	-,-	-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-,-			
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		1.646.715,44		
b) andere Forderungen		<u>29.526.200,17</u>	31.172.915,61	132.108
4. Forderungen an Kunden			2.494.237.337,78	2.272.885
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	699.631.753,74			(636.843)
Kommunalkredite	24.354.327,26			(26.759)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		468.739.543,25		426.692
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	468.739.543,25			(426.692)
bb) von anderen Emittenten		1.852.993.226,20		1.408.942
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.823.121.897,71			(1.377.066)
c) eigene Schuldverschreibungen		<u>550.992,50</u>	2.322.283.761,95	555
Nennbetrag	551.000,00			(555)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			84.040.119,58	197.093
7. Beteiligungen			3.207.295,41	3.197
darunter: an Kreditinstituten	513.891,88			(514)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-			-
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			10.991.928,67	10.992
darunter: an Kreditinstituten	-,-			-
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-			-
9. Treuhandvermögen			174.785.895,35	174.358
darunter: Treuhandkredite	174.785.895,35			(174.358)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte			16.363.516,57	15.774
12. Sachanlagen			24.655.547,54	26.428
13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital			-,-	-
darunter: eingefordert	-,-			
14. Eigene Aktien oder Anteile			-,-	-
Nennbetrag	-,-			-
15. Sonstige Vermögensgegenstände			9.624.963,29	11.202
16. Rechnungsabgrenzungsposten			4.946.963,21	3.141
17. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			-,-	-
Summe der Aktiva			5.232.121.714,05	4.683.926

Passivseite	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig		115.955.745,22			204.904
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.474.498.107,50</u>	1.590.453.852,72		1.201.453
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	57.941.001,87				62.880
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>6.025.879,39</u>	63.966.881,26			13.747
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	1.397.604.276,71				1.271.458
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>1.700.075.747,89</u>	<u>3.097.680.024,60</u>	3.161.646.905,86		1.448.849
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen		10.270.329,09			20.288
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-,-	10.270.329,09		-
darunter: Geldmarktpapiere	-,-				-
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-				-
4. Treuhandverbindlichkeiten			174.785.895,35		174.358
darunter: Treuhandkredite	174.785.895,35				(174.358)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			3.327.636,20		9.082
6. Rechnungsabgrenzungsposten			6.040.055,19		4.314
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		6.659.615,00			6.279
b) Steuerrückstellungen		0,00			3.603
c) andere Rückstellungen		<u>15.355.389,83</u>	22.015.004,83		17.920
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-		-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			53.516.608,60		53.515
10. Genussrechtskapital			26.700.000,00		26.700
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,-				
11a. Fonds für allgemeine Bankrisiken			5.200.000,00		5.200
11b. Sonderposten aus Währungsumrechnung			-,-		-
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital		36.400.000,00			36.400
b) Kapitalrücklage		43.263.228,45			43.263
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	-,-				-
cb) Rücklage für eigene Anteile	-,-				-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-,-				-
cd) andere Gewinnrücklagen	<u>75.500.000,00</u>	75.500.000,00			56.300
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		<u>23.002.197,76</u>	178.165.426,21		23.412

Summe der Passiva			5.232.121.714,05	4.683.926
--------------------------	--	--	------------------	-----------

1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen		56.524.823,31		54.215
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,-	56.524.823,31	
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>220.776.750,63</u>	220.776.750,63	172.439

Kundeneinlagen in Millionen EUR



Gewinn- und Verlustrechnung

vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008
der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft,
Berlin und Köln

2008

Gewinn- und Verlustrechnung

der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln,
für die Zeit vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	146.121.938,11			138.324
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen	<u>93.797.647,45</u>			<u>72.934</u>
		239.919.585,56		211.258
2. Zinsaufwendungen		<u>162.228.882,45</u>		<u>146.750</u>
		77.690.703,11		64.508
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		13.363.354,34		7.654
b) Beteiligungen		<u>42.549,85</u>		<u>39</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>242.672,47</u>		<u>242</u>
4. Erträge aus Gewinnbeteiligungen, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			1.932.963,82	2.887
5. Provisionserträge		6.418.619,49		7.235
6. Provisionsaufwendungen		<u>2.291.682,42</u>	4.126.937,07	2.039
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften			-	-
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge			2.354.662,36	2.173
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		-	-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	18.679.425,78			18.120
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>4.519.177,00</u>	23.198.602,78		3.681
darunter: für Altersversorgung Euro 1.791.029,00				(1.088)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>13.715.209,30</u>	36.913.812,08	<u>13.325</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagevermögen und Sachanlagen			4.440.031,45	4.861
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.044.643,33	434
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		26.497.283,72		10.982
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-	10.982
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-	-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen,				

Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie
Anlagevermögen behandelten Wertpapieren

	-	-	-	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-	-	-
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	-	-	-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	30.858.072,44			31.296
20. Außerordentliche Erträge	-	-	-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen	-	-	-	-
22. Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7.811.844,87			8.023
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	56.444,81	7.868.289,68		-134
25. Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-	-
26. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	-	-	-	-
27. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-	-	-
28. Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-	-	-
29. Jahresüberschuss	22.989.782,76			23.407
30. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	19.212.415,00			16.005
	42.202.197,76			39.412
31. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	-	-	-	-
	42.202.197,76			39.412
32. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-	-	-	-
b) aus der Rücklage für eigene Anteile	-	-	-	-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-	-	-	-
d) aus anderen Gewinnrücklagen	-	-	-	-
	42.202.197,76			39.412
33. Entnahmen aus Genussrechtskapital	-	-	-	-
	42.202.197,76			39.412
34. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage	-	-	-	-
b) in die Rücklage für eigene Anteile	-	-	-	-
c) in satzungsmäßige Rücklagen	-	-	-	-
d) in andere Gewinnrücklagen	19.200.000,00	19.200.000,00		16.000
	23.002.197,76			23.412
35. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals	-	-	-	-
36. Bilanzgewinn	23.002.197,76			23.412

Anhang

der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2008 ist nach den Vorschriften der §§ 264 bis 288, 340 bis 340h HGB sowie den ergänzenden Vorschriften der RechKredV und der Satzung erstellt worden. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach der Kontoform gem. Formblatt 2 der RechKredV aufgestellt.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Dabei werden die steuerlich zulässigen Abschreibungssätze zugrunde gelegt. Darüber hinaus wurden Sonderabschreibungen vorgenommen. Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter wurde ein Sammelposten gebildet, der im Geschäftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Jahren zu jeweils einem Fünftel abgeschrieben wird.

Begebene Forderungen sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Zahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Abzugrenzende Zinsen sind mit Ausnahme der Genussrechte in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet. Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und in steuerlich zulässiger Höhe eingestellt.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäft für einzelne bilanzwirksame Geschäfte eingesetzt und mit der erforderlichen Dokumentation versehen sind, behandeln wir hinsichtlich der Bewertung nach den Regeln des gesicherten Geschäfts.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2008 (volle Euro)

a) Sachanlagen/ Immaterielle Anlagewerte	Immaterielle Anlagewerte	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Summe a
in EUR				
Anschaffungs-/ Herstellungskosten	21.749.548	44.115.994	17.718.658	83.584.200
Zugänge	2.821.164	7.213	1.680.341	4.508.719
Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	1.068.222	-	2.460.020	3.528.241
Abschreibungen kumuliert	7.138.974	23.397.230	13.009.409	43.545.613
Buchwerte am Bilanzstichtag	16.363.517	20.725.977	3.929.571	41.019.064
Abschreibungen Geschäftsjahr	2.231.341	1.011.558	1.197.132	4.440.031

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in den Zugängen des Berichtsjahres mit Euro 71.361 enthalten.

b) Finanzanlagen	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Summe b
in EUR				
Anschaffungskosten 31.12.2007	2.000.000	3.196.995	10.991.929	16.188.924
Zugänge	5.222.000	10.300	-	5.232.300
Anschaffungskosten 31.12.2008	7.222.000	3.207.295	10.991.929	21.421.224
Buchwerte am Bilanzstichtag	7.222.000	3.207.295	10.991.929	21.421.224
Anschaffungs- und Herstellungskosten	- Summe a und b -			105.985.902
Buchwerte am Bilanzstichtag	- Summe a und b -			62.440.288

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I Bilanz

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Forderungen** haben folgende **Restlaufzeiten**:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	1.394.996	23.750	28.107.454	-
Forderungen an Kunden (A 4)	46.903.148	160.433.222	390.693.479	1.808.347.761

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind Euro 87.859.732 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Anleihen und Schuldverschreibungen** sind im Folgejahr fällig:

in EUR	
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	55.264.093
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	490.919.456

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch **Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen Geschäftsjahr	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen Vorjahr	Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen Geschäftsjahr	Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen Vorjahr
in EUR				
Forderungen an Kunden (A 4)	9.773.491	9.282.372	11.518.923	11.773.743

Daneben bestanden im Treuhandgeschäft Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von Euro 5.946.012 (Vorjahr: Euro 6.451.596).

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
in EUR				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	2.316.959.520	2.316.959.520	-	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	44.026.978	2.648.750	41.378.228	2.648.750
Beteiligungen (A 7)	2.600	-	2.600	
Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)	-	-	-	

- Weitere Angaben zu den Wertpapieren

Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Anleihen und Schuldverschreibungen** entfallen Euro 4.773.249 auf Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr Euro 2.000.000). In Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind nachrangige Vermögensgegenstände in Höhe von Euro 2.648.750 (Vorjahr 0) enthalten.

- Besitz von **Kapitalanteilen** in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
Direkt • BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH, Köln	100,0	2008	500	2008	-
• IS Immobilienfonds 6 GbR	88,2	2008	13.755	2007	-547
Indirekt • IS Immobilien-Service GmbH, Köln	100,0	2008	520	2008	407

Der Gewinn 2008 der BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH in Höhe von Euro 1.932.964 wurde im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die Bank abgeführt und ist in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Alle Gesellschaften gelten als verbundene Unternehmen. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung der Tochtergesellschaften verzichtet.

Weitere Beteiligungen bestehen unter anderem

- a) an der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH, Köln, in Höhe von TEUR 518 (Anschaffungskosten TEUR 511). Gemessen am Stammkapital dieser Gesellschaft von TEUR 7.635 entspricht dies einem Anteil von 6,78 %.
- b) am Grundkapital der VIFA Pensionsfonds AG, Berlin, in Höhe von TEUR 250. Gemessen am Grundkapital dieser Gesellschaft von TEUR 5.000 entspricht dies einem Anteil von 5,00 %.
- c) an der WGZ Beteiligungs GmbH & Co.KG, Düsseldorf, in Höhe von TEUR 2.328. Gemessen am Kommanditkapital dieser Gesellschaft von TEUR 2.509.161 entspricht dies einem Anteil von 0,09 %.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Treuhandkredite und –verbindlichkeiten** gliedern sich wie folgt:

in EUR	
Forderungen an Kunden	174.785.895
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	200.316
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	174.585.579

In der Position werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von Euro 174.585.579 ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen Euro 200.316.

- Im Aktivposten 12 (**Sachanlagen**) sind enthalten:

in EUR	
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	20.576.450
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.929.571

- Im Posten „**Sonstige Vermögensgegenstände**“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
Aktivwerte Rückdeckungsversicherung	1.645.114
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	1.934.013
Steuererstattungsansprüche	5.522.032

- Im **Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von Euro 3.666.585 (Vorjahr Euro 1.870.074) enthalten.

Bedeutendster Einzelposten ist eine Upfront-Zahlung im Zusammenhang mit einem Zinssatzwapgeschäft in Höhe von Euro 364.034 (Vorjahr Euro 430.222).

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	320.027.761	45.363.480	262.237.900	846.868.966
Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2ab)	231	4.663.763	1.361.886	-
andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	1.291.174.581	371.799.890	19.700.920	17.400.360

- Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr Euro 9.479.896 fällig.
- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von Euro 3.163.999.680 als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von Euro 1.297.313.405.
- Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
noch nicht beglichene Rechnungen	680.365
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	183.057
Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge	330.715
Zinsanteile für Genussrechte	1.373.172
Verbindlichkeiten Sicherheitseinbehalt Bauvorhaben	95.959
Steuerverbindlichkeiten	551.853

- Im Passiven Rechnungsabgrenzungsposten (P 6) sind Disagiobeträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von Euro 5.953.257 (Vorjahr Euro 4.113.822) enthalten.

- Angaben zu Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten)

Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von Euro 2.847.642 an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Nominalbetrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
8.000.000	Euro	4,09 %	20.10.2015

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit ist wie folgt geregelt:

Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

- Das Genussrechtskapital der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	Nennbetrag
Emission 2002	4.000.000
Emission 2005	22.700.000

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

in EUR	Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeit gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	-	-	34.519	136.817
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	2.501.968	4.405.763	7.229.881	7.466.329

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank

sind die folgenden **Eventualverbindlichkeiten** (Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen	Euro 56.524.823
---	-----------------

sind die folgenden **„Anderen Verpflichtungen“** (Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):

Unwiderrufliche Kreditzusagen	Euro 220.776.751
-------------------------------	------------------

II Gewinn- und Verlustrechnung

- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.
- Aus Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden folgende Erträge erzielt:

in EUR	
Verwaltungs- / Treuhandkredite	1.431.358
Wertpapiergeschäft	2.498.009

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten (Art und Betrag):

sonstige betriebliche Erträge in EUR	
Auflösung sonstige Rückstellungen	504.287
Miet- und Pachterträge	1.164.113

sonstige betriebliche Aufwendungen in EUR	
Zuführung sonstige Rückstellung	142.000

- Steuerrechtliche Sonderabschreibungen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von Euro 74.649 vorgenommen (Vorjahr Euro 74.649). Für künftige Jahresabschlüsse ergeben sich hieraus keine erheblichen Belastungen.
- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

- Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogenen Termingeschäfte:

Volumen im Derivatgeschäft per 31.12.2008 in Mio. EUR	Nominalbetrag				beizulegender Zeitwert
Zinsbezogene Geschäfte	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1-5 Jahre	Restlaufzeit mehr als 5 Jahre	Summe	negativ (-)
OTC Produkte Zinsswaps (gleiche Währung)	85	512	124	721	-18,5
OTC Produkte Forward-Darlehen	-	-	39	39	4,8

Die Zinsswaps und Forward-Darlehen wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (cash flows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert. Dem negativen beizulegenden Zeitwert aus Zinsswaps stehen stille Reserven der abgesicherten Geschäfte gegenüber.

- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Achtfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2008 maximal Euro 7.924.922 betragen.
Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2008 **nicht** durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.
- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2008 **Pensionsrückstellungen** in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6a EStG ermittelten Barwertes von Euro 1.874.493.
Für frühere Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. Beirates bestehen solche Verpflichtungen nicht.

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates betrug die Jahresvergütung Euro 104.472, für die des Beirates Euro 5.740.

- Am Bilanzstichtag betrugen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

in EUR	
Mitglieder des Vorstandes	264.347
Mitglieder des Aufsichtsrates	100.000
Mitglieder des Beirates	11.832.909

- Nicht in der Bilanz ausgewiesene finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von Euro 9,4 Mio. aus langfristigen Mietverträgen.
- Die Zahl der 2008 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	Prokuristen	4	-
	Handlungsbevollmächtigte	5	-
	Angestellte	233	30
		242	30
Gewerbliche Mitarbeiter		2	9
		244	39

Außerdem wurden durchschnittlich 7 Auszubildende beschäftigt.

- Das **Grundkapital** ist eingeteilt in 700.000 vinkulierte Namensaktien, welches ausschließlich aus Stammaktien besteht. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.07.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von Euro 52 je Aktie ab.
- Zum Bilanzstichtag besteht ein genehmigtes Kapital von Euro 16,64 Mio. Der Vorstand ist ermächtigt, bis 15. Juni 2010 diese Kapitalerhöhung durch einmalige oder mehrmalige Emission neuer Aktien durchzuführen.

Zum 31.12.2008 befinden sich keine eigenen Aktien im Bestand.

Laut Beschluss der Hauptversammlung vom 08.07.2008 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben.

Im Bilanzgewinn von Euro 23.002.198 ist ein Gewinnvortrag von Euro 12.415 enthalten.

- Entwicklung der Rücklagen:

	Kapitalrücklage	andere Gewinnrücklage	Rücklage eigene Anteile
Stand per 01.01.2008	43.263.228	56.300.000	-
Zugang 2008			
• Einstellung aus dem Bilanzgewinn 2007	-	19.200.000	-
• Kapitalerhöhung	-	-	-
• Umgliederung	-	-	-
Abgang 2008	-	-	-
Stand per 31.12.2008	43.263.228	75.500.00	-

Name und Anschrift der Prüfungsgesellschaft

BDO Deutsche Warentreuhand
Aktiengesellschaft/Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Grüneburgweg 102
60323 Frankfurt/Main

Mitglieder des Vorstandes

- Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Bankkaufmann
- Dietmar Krüger, Bankkaufmann
- Dr. Arnd Verleger (seit 01.11.08), Bankkaufmann

Mitglieder des Aufsichtsrates

Dr. Wolfgang Teske
Vorsitzender,
Finanzdirektor, Vizepräsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.

Michael Warman
stellv. Vorsitzender,
stellv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.

Wolfgang Altenbernd
Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e.V.

Christian Graf von Bassewitz
Bankier i. R.

Dr. Robert Batkiewicz
Stiftungsdirektor, Caritas Stiftung Deutschland

Dr. Matthias Berger
(seit 08.07.2008), Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Rainer Brückers
Bundesgeschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e.V.

Klaus-Dieter Kottnik
Präsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.

Niko Roth
(seit 08.07.2008), Vorstand, Deutscher Caritasverband e.V.

Dr. Ulrich Schneider
Hauptgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Gesamtverband e.V.

Paul-Werner Schöndorf
(bis 08.07.2008), Finanzdirektor a.D., Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V.

Berthold Simons
Direktor i. R.

Dr. Ernst Thiemann
(bis 08.07.2008), Geschäftsführer i. R.

Prof. Dr. Manfred Willms
Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz e.V., Generalsekretariat

Berlin und Köln, 20. April 2009

Bank für Sozialwirtschaft AG
Prof. Dr. Dr. Hammerschmidt | Krüger | Dr. Verleger

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie

die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 20. April 2009

BDO Deutsche Warentreuhand
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. ppa. Krüper
Wirtschaftsprüfer

gez. ppa. Schmidt
Wirtschaftsprüfer

Geschäftsstellen und Repräsentanzen

Zentrale

50668 Köln | Wörthstraße 15-17
 Telefon 0221.97356-0 | Telefax 0221.97356-117
bfs@sozialbank.de

Geschäftsstellen

10178 Berlin | Oranienburger Str. 13/14
 Telefon 030.28402-0 | Telefax 030.28402-367
bfsberlin@sozialbank.de

01099 Dresden | Louis-Braille-Str. 8
 Telefon 0351.89939-0 | Telefax 0351.89939-585
bfsdresden@sozialbank.de

45127 Essen | Kennedyplatz 6
 Telefon 0201.24580-0 | Telefax 0201.24580-644
bfsessen@sozialbank.de

30177 Hannover | Podbielskistraße 166
 Telefon 0511.34023-0 | Telefax 0511.34023-523
bfs hannover@sozialbank.de

76135 Karlsruhe | Steinhäuserstraße 20
 Telefon 0721.98134-0 | Telefax 0721.98134-688
bfskarlsruhe@sozialbank.de

50678 Köln | Im Zollhafen 5 (Halle 11)
 Telefon 0221.97356-153 | Telefax 0221.97356-177
bfskoeln@sozialbank.de

04109 Leipzig | Zimmerstraße 3
 Telefon 0341.98286-0 | Telefax 0341.98286-543
bfsleipzig@sozialbank.de

39104 Magdeburg | Fürstenwall 3
 Telefon 0391.59416-0 | Telefax 0391.59416-539
bfsmagdeburg@sozialbank.de

55116 Mainz | Fort-Malakoff-Park | Rheinstraße 4 G
 Telefon 06131.20490-0 | Telefax 06131.20490-669
bfsmainz@sozialbank.de

80335 München | Karlsplatz 10 (Stachus)
 Telefon 089.982933-0 | Telefax 089.982933-629
bfsmuenchen@sozialbank.de

Repräsentanzen

99084 Erfurt | Anger 66-73
Telefon 0361.555 17-570 | Telefax 0361.555 17-579
bfserfurt@sozialbank.de

22297 Hamburg | Alsterdorfer Markt 6
Telefon 040.2533 26-6 | Telefax 040.2533 26-870
bfshamburg@sozialbank.de

90489 Nürnberg | Sulzbacher Straße 42
Telefon 0911.58 15-401 | Telefax 0911.58 15-403
bfsnuernberg@sozialbank.de

70173 Stuttgart | Königstraße 26
Telefon 0711.629 02-0 | Telefax 0711.629 02-699
bfsstuttgart@sozialbank.de

Europa-Büro der BFS

Rue de Pascale 4-6 | B-1040 Brüssel
Telefon 0032.2 2802 77-6 | Fax 0032.2 2802 77-8
bfsbruessel@sozialbank.de

BFS Service GmbH

50678 Köln | Im Zollhafen 5 (Halle 11)
Telefon 0221.973 56-160 | Telefax 0221.973 56-164
bfs-service@sozialbank.de

IS Immobilien-Service GmbH

50668 Köln | Wörthstraße 15-17
Telefon 0221.973 56-491 | Telefax 0221.973 56-249
is@sozialbank.de

Impressum

Fotos

Bernd Labetzsch, Bank für Sozialwirtschaft AG
Ulrike Brenner, Visual Department

Redaktion

Stephanie RÜth, Bank für Sozialwirtschaft AG

Gestaltung

Ulrike Brenner, Visual Department

Köln, April/Mai 2009

